

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaaltene Kolonne
jeile oder deren Raum 40 Pfg., für
Verlags- und Veranlagungs-Ausgaben,

Kontosprediger: Emil L. Nr. 1508.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 7. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Kämpfe
der deutschen Gewerkschaften
im verflochtenen Jahre.

(Schluß)

Am 15. April trat der Tarifauschuß der Buchdrucker in Leipzig
zusammen, der durch die Zustimmung zur Tarifgemeinschaft in der
Organisation einen heftigen Streit entfachte. Selbst die General-
versammlung, die das Abkommen gutheißt, vermochte die Wogen der
Ausregung nicht ganz zu glätten. Der Streit führte zur Gründung
eines besonderen Organs der Opposition, und nur innerhalb einer
so starken und festgelegten Organisation war es möglich, den
Kampf in dieser Schärfe auszufechten, ohne daß die Organisation
dauernden Schaden erlitt. In den Geschäften, die sich der Tarif-
gemeinschaft anschlossen, wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um
1/2 Stunde und die Erhöhung der Grundposition pro 1000 gesetzte Buch-
staben um 2 Pfg. erreicht. Die Buchdrucker-Hilfsarbeiter verlangten
hierauf in bezug auf die Arbeitszeit eine Gleichstellung mit den Schrift-
setzern, die ihnen auch in mehreren Geschäften gewährt wurde. In
der Metallindustrie kam es trotz der überaus günstigen Lage dieses
Industriezweiges zu keinen allgemeinen größeren Ausständen. Der
Streik bei der Fahrradfabrik Dürkopp u. Comp. in Bielefeld, der
2500 Arbeiter in Mitleidenschaft zog, verlief erfolglos. In Berlin
fehlten die Schnitt- und Stanzmaschinen, die Klempner, die Schrauben-
dreher, die Mechaniker, die Drucker und Gärtler, die Schlosser
den neunstündigen Arbeitstag und erhöhten Stundenlohn
durch. Im überaus hartnäckigen Kampfe standen die am 1. Mai
ausgesperrten 300 Formner ein halbes Jahr lang im Ausstande. Die
Drohung der Metallindustriellen hatte sie von der Meißner nicht
zurückgehalten, konnte sie aber auch nach so langer Entbehrung nicht
zum Nachgeben zwingen. Nachdem die Mehrzahl der Ausständigen
anderweitig in Arbeit getreten war, verlief die Ausschließung
langsam im Sande. Der rege Geschäftsgang in der Textil-
industrie ließ auch unter den Arbeitern dieses Berufs
das Verlangen nach einer Besserung ihrer Lage hervorreten.
Der Widerstand der Kapitalisten war ein äußerst zäher und es
beständig sich nur, je schlechter die Löhne in einem Beruf, je kapital-
kräftiger die Unternehmer, je rücksichtsloser und proziger die
Behandlung der Arbeiter. Die Ausstände in Mühlhausen i. G., der
500 Weber in Langensalza und der 5000 Arbeiter in Kottbus,
die trotz aller Drangsalirungen 9 Wochen im heldenmüthigen
Kampfe aushielten, konnten die Unternehmer zu einigen Zugeständnissen,
nicht aber zur vollständigen Bewilligung der sehr bescheidenen
Forderungen zwingen. Die Unternehmer hatten eine kräftige Stütze
in den Polizeibehörden. In ganz Schlesien wurden Sammlungen
für die Streikenden aufs eifrigste verfolgt und jede Aufforderung zur
Unterstützung bestraft. Das gleiche geschah in Kottbus. Auch das geringste
Vergehen der Arbeiter wurde mit unerhört hohen Strafen belegt,
so daß nach einer jüngst veröffentlichten Zusammenstellung im
ganzen auf 10 Jahre Gefängniß von den Kottbusser Gerichten
aus Anlaß des Weberstreikes erkannt wurde. Die
Gendarmerie wurde verstärkt, die Mitglieder des Streit-
komitees verhaftet, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von
Sammellisten nahmen kein Ende. Schließlich griff man zur Aus-
weisung der Ausländer und wendete diese Maßregel auch gegen
Deute an, die jahrelang am Ort ansässig waren; den Streikern
wurde verwehrt, ihren hinausgeschobenen Brüdern das Abschieds-
geld zu geben, während die Unternehmer auf dem Perron des
Bahnhofes standen, um sich an dem Anblick ihrer Opfer zu weiden.
So wie hier die Arbeiter von der mächtigen Unternehmerkoalition
gehört, gepeinigt und drangsalirt wurden, übertrifft bei weitem
alles, was bisher als erreichbar galt. Aber der erwartete Erfolg
dieser endlosen Verfolgungen blieb aus. Die Begeisterung der
Streikenden wurde aufs höchste angestachelt und stählte die Energie.
Dauernd wird dieser Kampf in den Herzen der Arbeiter den Stachel
hinterlassen, daß ihnen bitteres Unrecht geschah und sie anreizen, dem
Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung ihre Kräfte zu widmen.
Drei große Berliner Ausstände sind für die theilhaftigsten Arbeiter
gänzlich erfolglos verlaufen. Es sind dies die Ausstände der Hutmacher,
der Lithographen und der Musikinstrumenten-Arbeiter. Selbst die
guten Organisationen dieser Berufe konnten den verhängnisvollen
Abschluß nicht aufhalten. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir
behaupten, daß allen drei Ausständen der Fehler gemeinsam ist, daß
sie am Ende der Saison oder gar in der gänzlich stillen Geschäftszeit
entstanden. Die Unternehmer hatten zum theil selbst das Signal
gegeben und glaubten — worin sie sich nicht getäuscht
haben — die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter für einige Zeit zu
schwächen. Der Ausstand der Gasanstalts-Arbeiter warf auf die
sozialpolitische Einsicht unseres Magistrats recht interessante Schlag-
lichter, weil sich die Arbeiter gegen eine 15stündige Sonntagsarbeit
wenden mußten, die beim Schichtwechsel wieder eingeführt werden
sollte. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts erlangte das Zu-
geständniß, daß später die 15stündige Schicht festgelegt werden sollte,
jedoch scheiterte die Durchführung dieses Beschlusses an dem In-
differenzismus der Arbeiter. Von den Angestellten der beiden Berliner
Verkehrsaussichten gingen die von der Privatpost leer aus, während die
Verkehrs-Gesellschaft keinen Theil der vor dem Einigungsamt gemachten
Zugeständnisse später zurückzog. Die Buchbinder haben in Leipzig,
Stuttgart und Berlin fast durchgängig Erfolge zu verzeichnen.
Allerdings tritt gegenwärtig das Bestreben auf, den Stundenlohn
wieder herabzusetzen. In fortwährendem Geplänkel standen die
Schuhmacher, die schließlich auch für die Branche der Schoocharbeiter
in Berlin eine durchgreifende Besserung errangen. Die übrigen
Streiks vertheilen sich auf kleine Berufe und einzelne Werkstätten,
sie einzeln anzuführen würde zu weit führen. Es bleibt uns nur
noch der Ausstand der Hamburger Hafnarbeiter übrig, den wir
in das neue Jahr mit herüber genommen haben. Daß die Arbeiter
die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen können, glaubt nie-
mand. Sie gahlen heute schon den Streikbrechern höhere Löhne, als
die geforderten und gewähren diesen Vergünstigungen, die von den
Ausständigen nicht verlangt werden. Nur Dunkel und Hochmuth
veranlaßt diese so gelobten Vertreter des Kapitals schroff jede Ver-
ständigung mit den Arbeitern abzulehnen, ihnen erscheinen die
Arbeiter als Menschen untergeordneter Klasse, die zu bitten,
zu gehorchen haben, aber nie fordern dürfen. Warten wir,
ob nicht dennoch die viel geschmähte, aber gute und gerechte Sache
der Arbeiter den Sieg davon trägt!

Große Summen haben die Kämpfe verschlungen und
es kann auch nicht annähernd die Höhe der Beträge
festgestellt werden; wir begnügen uns damit, nur einige
Zahlen zu nennen. Durch die Hände des Berliner Gewerkschafts-
kartells sind im Jahre 1896 in runder Summe 898 000 M. gegangen,
davon ca. 80 000 M. für den Hamburger Streik. Der Kottbusser
Streik kostete 118 263 M., der Konfektionsarbeiter-Streik in Berlin
67 889 M., der Lauterberger Ausstand ca. 85 000 M. und die
Kosten des Hamburger Ausstandes dürften die Summe von
500 000 M. längst überschritten haben.

Das alte Jahr hat unter dem Zeichen der gewerkschaftlichen
Kämpfe geschlossen und kein Zweifel, jede Besserung der Lage des
Arbeiterstandes trägt auch der politischen Partei die Früchte ein.
Eine bessere materielle Stellung macht den Arbeiter auch für seine
politischen Ideale empfänglicher, reißt ihn aus dem dumpfen
theilnahmslosen Hinbrüten zum hoffnungsvollen Mitarbeiter
empor.

Auch das neue Jahr droht an der Schwelle mit neuen Kämpfen.
Der Bund der Maurer und Zimmermeister will in diesem Frühjahr
wieder die zehnstündige Arbeitszeit einführen, desgleichen beabsichtigt
der Verband der Berliner Metallindustriellen gegen die von den Ar-
beitern erzwungene neunstündige Arbeitszeit zu Felde zu ziehen. Eine
deutliche Mahnung für die Arbeiter, treu und fest zu ihren Organi-
sationen zu halten.

Arbeiter Deutschlands und des
Auslandes!

Der Streik der Hamburger Hafnarbeiter dauert
unverändert fort. Mit exemplarischer Treue stehen die Streikenden
zu einander; ob alt oder jung, jeder hält aus, damit die gemein-
same Sache siege.

Aber auch die Unternehmer halten fest zusammen. Für sie
handelt es sich darum, den Arbeitern die Macht des Kapitals zu
zeigen, und ihnen beizubringen, daß sie kein Recht haben, auf
gleichem Fuße mit den Kapitalisten, den Herren, über die
Arbeitsbedingungen zu bestimmen.

Die Hafnarbeiter beanspruchen einen vertragsmäßigen Frieden in
Gestalt allgemein für ihren Beruf gültiger bestimmter Abmachungen über
Lohn und Arbeitszeit. Die Unternehmer wollen das nicht bewilligen, weil
sie dadurch die Organisation der Arbeiter anerkennen müßten; sie
wollen ihre alte despotische Herrenstellung aufrecht erhalten, wonach
das Arbeitsverhältnis kein Vertrags-, sondern ein Verhältniß ist,
das der Unternehmer diktiert. Es ist ihrerseits ein Streit um die
Macht, wie sie selbst gesagt haben.

Sonach ist der Kampf der Hamburger kein gewöhnlicher
Lohnstreik, wobei man nur um ein wenig mehr oder
weniger des Lohnes und der Arbeitszeit feilscht, sondern er ist
eine Bewegung von prinzipieller Bedeutung und
daher eine Angelegenheit, die in Wahrheit jeden Arbeiter
betrifft. Siegt in Hamburg das alte Herrenrecht über die Be-
strebungen der Arbeiterpartei, so wird die Arbeiterbewegung
zwar nicht zum Stillstand gebracht, aber ihr doch gewaltiger
Schaden infosern bereitet, als jener Theil des Unternehmertums,
dem der Arbeiter lediglich eine Maschine ist, die ihm Gold zu münzen
hat, eine Niederlage der Hamburger Arbeiter auszuwirken würde, um
die ohnehin meist höchst unbedeutenden Erfindungsbedingungen der
Arbeiter durch Herabsetzung des Lohnes, Verlängerung der Arbeitszeit,
Verbot der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft u. nach zu verschlechtern.
Daß die Befürchtung nicht übertrieben ist, wird jeder erfahrene Ar-
beiter sich selbst sagen.

Demzufolge gebietet es die Pflicht der Selbsterhaltung,
daß die zunächst theilhaftigste Arbeiterschaft, die deutsche, die
Hamburger Klassenossen fortgesetzt und genügend unter-
stützt, damit die Streikenden nicht wegen Mangels an Existenzmitteln
den Kampf aufgeben müssen. Viel ist schon gethan, aber mehr ist noch
zu thun. Deshalb Arbeiter aller deutschen Gauen, leiße
ein jeder allwöchentlich einen bestimmten Beitrag,
und sei er noch so klein; regelmäßig gezahlt, bildet das eine Summe,
welche die Hamburger Hafnarbeiter in den Stand setzt, auszu-
halten, bis die Unternehmer zur Einsicht kommen.

Es ist aber auch Pflicht der Arbeiter des Auslandes, den
Hamburgern, deren Streik seiner Natur nach einen inter-
nationalen Charakter trägt, mit materieller Hilfe beizus-
springen. Die deutschen Arbeiter dürfen sich hierbei darauf berufen, daß sie
stets zur Stelle sind, wenn ausländische Arbeiter materielle Hilfe
bedürfen. Wir bitten die Arbeiterorganisationen aller
Länder, sich die regelmäßige Sammlung von Beiträgen für die Ham-
burger aufs ernstlichste angelegen sein zu lassen. Und die im Aus-
lande lebenden deutschen Arbeiter ersuchen wir, nach
dieser Richtung hin auf die Arbeiter der Nation, unter der sie leben,
aufs nachdrücklichste einzuwirken.

Weiter ist nötig, daß in den einzelnen Orten
fortgesetzt alles mögliche gethan wird, um
den Zugug von Hamburg fernzuhalten. Die
Agenten der Hamburger Unternehmer arbeiten mit allen erdenklichen
Kniffen. Beispielsweise ziehen sie Arbeiter nach Berlin heran;
erst wenn der unter unbestimmten Angaben Angeworbene hier an-
kommt und durch die erhaltenen Vorschüsse bei dem Agenten
verschuldet ist, erfährt er, daß es sich um Ham-
burg handelt. Zur Streikbrecherei ist dann, bei
Mangel an Subsistenzmitteln, kein weiter Schritt. Diese
niedrigen Kniffe der Agenten erschweren die Fernhaltung des

Zugugs sehr. Aber die organisierten Arbeiter der einzelnen Ort
werden durch systematische Kontrolle der Herbergen
und sonstigen Lokale, wo Arbeitslose verkehren, wenigstens das
erreichen, daß kein irgend erheblicher Zugug nach Hamburg kommt.
Wenn die Arbeiterschaft in dieser Weise die Hamburger materiell
und moralisch fortgesetzt unterstützt, kann der Kampf nicht anders
als mit einem Erfolg der Arbeiter enden. Das kräftige
Eintreten der Arbeitermassen für die Streikenden ist
außerdem das beste Mittel, um die Arbeiter und Stauer
zu der Erkenntniß zu bringen, daß ihr Kampf gegen
die vertragsmäßige Beilegung der Differenzen eine hoffnungslose
Donquixoterie ist.

Halten die Arbeiter treu zusammen, so giebt es keine
Macht, die auf die Dauer widerstehen kann!

Arbeiter! Denkt an Hamburg! Denkt an eure
Pflicht!

Politische Ueberfluth.

Berlin, 6. Januar 1897.

Klassenkampf! Der künftige Historiker unserer Tage
wird in den Mittelpunkt seiner Darstellung die Klassen-
gegensätze und den Klassenkampf stellen müssen. Wenn er
abzuwägen haben wird, ob seitens des Proletariates
oder seitens der Bourgeoisie der Klassenkampf energischer
und konsequenter geführt worden ist, dann wird er für
das Zeitalter Bismarck's Stumm unbedingt der Bourgeoisie,
ihren Organen und ihrer Presse den Preis zuerkennen
müssen, daß sie unbeirrt um alle kleinen, in ihren eigenen
Reihen entstehenden, mehr oder minder erusten Strömungen
rücksichtslos gegen alle im Interesse des Proletariats
versuchten Maßnahmen aufgetreten sind, auch dann, wenn diese
ihnen selbst völlig ungefährlich waren, daß sie jeden
zu zerstückeln bemüht waren, der in ihren eigenen
Reihen auch nur den leisesten Versuch machte, etwas zur An-
bahnung des sozialen Friedens zu thun. Dies sieht man auch
in diesen Tagen, wo einige Berliner Universitätslehrer den
Versuch machten, nach dem Vorbild ihrer amerikanischen, eng-
lischen, schweizerischen, österreicherischen, russischen, Münchener und
Leipziger Kollegen, in Berlin volksthümliche Hochschulkurse ein-
zurichten. Ueberall hat man dieses Vorgehen nach jeder
Richtung gefördert. Die österreichische Regierung hat seit
Jahren diese Unterrichtskurse, an denen vornehmlich Arbeiter
theilnehmen subventionirt, der österreichische Unterrichtsminister
trat erst vorgestern in wärmster Weise für die Ausdehnung
dieser Einrichtung ein. In Odessa selbst legte die Regierung
— notabene die russische — den gleichen Bestrebungen der
dortigen Universitätsprofessoren kein Hinderniß in den Weg
bei uns aber in der Hauptstadt des Landes, dessen Bourgeoisie
stets mit dem Stande der heimischen Bildung und Wissenschaft
dicke thut, erhebt sich ein Sturm der Entrüstung über das
Unterfangen einiger Universitätslehrer, die Ergebnisse der wissen-
schaftlichen Forschung nicht bloß einigen Duzend Studenten,
sondern auch der breiten Masse des Volkes zugänglich zu machen.
Die „Kreuzzeitung“ denunziert sofort — und sie versteht den
Ton, der oben verstanden wird, wohl zu treffen — das Vor-
gehen der paar Universitäts-Professoren als „unbenutzte Hilfs-
arbeit“ für die Sozialdemokratie. Noch erfahrener im Denun-
zieren sprechen Bismarck's „Hamburger Nachrichten“ aus diesem
Anlaß von Professorensozialismus. Ebenso entschieden wenden
sie gegen das geplante Unternehmen die „liberale“ „Kölnische
Zeitung“ und der orthodoxe „Reichsbote“.

Weit mehr als der Plan gefällt uns — wir sagen es
offen — seine Bekämpfung. Wenn die Sozialisten tödter —
sie alle haben sich darin bewährt — Mommsen, Adolf Wagner,
G. Schmoller, Sering — wagen, ihr Wissen auch Arbeitern zu-
gänglich zu machen, erhebt sich ein Sturm der Entrüstung;
wenn der vierzehnstündige Maximalarbeitstag für die
ausgemergelten Väder eingeführt wird — Sturm der
Entrüstung; wenn als Maximalarbeitszeit für die
Handelsgangestellten die Zeit von 5 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends gefordert wird — Sturm der
Entrüstung; wenn die Hafnarbeiter ein kleines Bruch-
stückchen von dem reichen Segen des wirtschaftlichen Auf-
schwunges begehren — Sturm der Entrüstung u. s. w. u. s. w.

Das Ergebnis dieser systematischen Thätigkeit ist die Auf-
hebung der Bourgeoisie zu Haß und Verachtung gegen das
Proletariat. Je energischer, je konsequenter unsere Gegner
vorgehen, desto besser für uns, desto klarer wird dem letzten
Proletarier im verborgensten Winkel des Vaterlandes, daß
nur im Anschluß an die organisierte Arbeiterklasse sein Heil
liegen kann, daß für den „sozialen Frieden“ nur eine
machtlose Ideologen eintreten, daß aber die Bourgeoisie
geschlossen und unter allen Umständen dem Proletariat alles
versagen will, was seine geistige und materielle Hebung
fordern könnte.

Uns kann es recht sein: je augenfälliger die Scheidung der
Klassen wird, je mehr jeder Klassengenosse zu seiner Klasse
und zu den Vertretern der Interessen derselben getrieben wird,
desto eher kommen die natürlichen Machtverhältnisse zum Aus-
druck, desto früher ist der Sieg für uns entschieden. —

Herr Stenograph Koller sendet uns zu unserm Feuilleton:
Politikermiszellen eine lange Berichtigung, die keine
Berichtigung ist. Koller bestreitet nicht, daß der Untersuchungs-
richter nach Angabe des Angeklagten Waterbraut ihn (Koller) als
„Agent der politischen Polizei“ bezeichnet habe, der „von Mitte Juni

bis Ende November der Polizei Mittheilungen machte"; Koller bestreitet nicht, daß das Polizeipräsidium zu den Akten erklärt hat, daß Koller allerdings Mittheilungen gemacht habe"; Koller bestreitet nicht, daß Polizeirath Krüger unter seinem Eide erklärte, er verkehre mit Koller; Koller bestreitet endlich nicht, daß er, Koller, selber unter seinem Eide vor Gericht zugegeben habe, daß er der Polizei schriftlich Mittheilung gemacht habe, als Wasserstrat einmal davon schwadronierte, es wäre wünschenswerth, oder ein lustiger Streich, das Polizeipräsidium in die Luft zu sprengen. Mein — von alledem spricht Herr Koller in seiner Berichtigung nicht, sondern er erklärt nur alle diese ihm heute vielleicht nicht sehr angenehmen Thatfachen des langen und breiten damit, erstens, daß jene Prozeßverhandlungen von einem ihm feindlich gesinnten gabelberger'schen Stenographen aufgenommen seien, zweitens, daß die sozialdemokratische Partei keinen Anlaß habe, ihm aus seiner Mittheilung an die Polizei einen Vorwurf zu machen. Er habe trotz mehrmaliger polizeilicher Haussuchungen in Wasserstrat's Reiseford noch Dynamit gefunden — ergo wäre das Sozialistengesetz noch verschärft worden, Pressefreiheit, Vereinsrecht etc. wären gänzlich genommen worden, wenn Wasserstrat's Pläne zur Ausführung gelangt wären. Außerdem zwingt § 139 jeden zur Anzeige, der von einem beschuldigten Hochverrath oder gemeingefährlichen Verbrechen Kenntniß erhalte!

Wir müssen es Herrn Koller überlassen, Gläubige für seine faulen Ausreden anderswo als unter den Lesern des „Vorwärts“ zu suchen. Auch seine Sorge um Pressefreiheit und Vereinsrecht wird bei den Arbeitern, die sich der Zeiten des Berliner Kleinen Belagerungsstaates erinnern, nur Hohn und Spott erregen! Und das fürchterliche Dynamit, das Herr Koller trotz und nach mehrmaligen polizeilichen Hausdurchsuchungen gefunden haben will, erregt erst recht unsern Zweifel. Wer schon zur Polizei läuft, um seinen Freund zu denunzieren, wenn dieser dumm daherschwätzt, der soll gar Dynamit verdienen, das er unter so verdächtigen Umständen gefunden hat? Nein — Herr Koller hat niemals zu den naiven Leuten gehört! Und der beste Beweis, daß diese Dynamitgeschichte ein Phantastiestück ist, liegt darin, daß Herr Koller auch in Leipzig unter seinem Eide, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzufügen, von diesem Dynamit nichts gesagt hat, sondern sich heute rümt, er habe das meiste, wenn nicht alles dazu beigetragen, daß Wasserstrat freigesprochen werden konnte. Und Herr Koller will gewiß nicht behaupten, er habe einen Meineid geschworen, um den von ihm zuerst wegen einer bloßen Renommisterei denunzierten Wasserstrat freizubringen!

Zur Affäre Tausch liegen wieder eine Reihe Meldungen vor: Zu einer früheren Wohnung des Herrn von Lölow soll neuerdings wieder eine Hausdurchsuchung stattgefunden haben, bei welcher eine Kiste mit Skripturen und Büchern aufgefunden wurde. Unter den Schriftstücken befanden sich, wie verlautet, auch Briefe des Herrn v. Tausch an seinen Agenten von Lölow, aus welchen zur Evidenz heraufgehoben soll, daß der letztere von Herrn von Tausch auch zur „Inspiration politischer Artikel“ gebraucht worden ist. Wie erinnerrlich sein dürfte, hat von Tausch die Frage des Gerichtspräsidenten, ob er jemals politische Artikel inspirirt habe, eidlich geleugnet — und auch später — trotz der dringlichen Vorhaltung des Oberstaatsanwalts Drescher — unter ausdrücklichem Hinweis auf den geleisteten Zeugeneid betheuert, daß er „niemals“ politische Artikel irgend welcher Art inspirirt habe. Diese Auslassung sowohl, wie die Neuerung, daß er Ledert's angeblichen Verkehr im Auswärtigen Amte niemand gegenüber als Thatsache hingestellt habe, sollen die beiden Hauptpunkte im Meineidsverfahren gegen Tausch darstellen. Auch im übrigen wird das Geständniß, welches Herr v. Lölow im Prozeß Ledert abgelegt, durch zahlreiche bei jener Hausdurchsuchung gefundene Aufzeichnungen unterstützt. Was den Verdacht der Majestätsbeleidigung anbelangt, so haben die bisherigen Ermittlungen, wenn auch eine Voruntersuchung dieserhalb noch nicht eröffnet worden und einer der Hauptzeugen, nämlich der „vielenannte“ Normann-Schumann, ohne Hinterlassung seiner Adresse abgereist ist, doch so starkes Belastungsmaterial ergeben, daß die Anklage auch wegen dieser Thatthat erhoben werden dürfte. Inzwischen nehmen die Zeugenvernehmungen ihren Fortgang, zumal sich unter den bei Tausch vorgefundenen Schriftstücken Briefe von Persönlichkeiten befinden, von denen man annehmen darf, daß sie über den vielseitigen Kriminal-Kommissar irgend etwas wissen.

Nicht unerwähnt soll dabei die Thatsache sein, daß zugleich auch im Ministerium des Innern Ermittlungen im Gange sind, welche indirekt mit dem Prozeß Tausch in Verbindung gebracht werden. Man erzählt sich darüber, daß vor mehreren Jahren im genannten Ministerium anonyme Briefe eingelaufen sind, welchen man damals kein besonderes Gewicht beilegte, die aber jetzt, im Lichte der Affäre Tausch betrachtet, eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben, da man nunmehr die Spur des Urhebers gefunden zu haben glaubt.

Unentwegt steht außer Herrn Harden nur noch die „Deutsche Tages-Zeitung“ zu Herrn v. Tausch. Sie liegt aus dem gegen den Kriminalkommissar vorliegenden Material nichts diesen Belastendes heraus, sie hat nur ein Interesse daran, zu erfahren, wie die Presse zur Kenntniß dieser Mittheilungen gekommen ist, was doch bei der Wichtigkeit des Falles v. Tausch nur von ganz nebensächlicher Bedeutung sein kann.

Die Schuld für die Nichtabschaffung der Zuckerprämien sucht ein Staat auf den anderen zu schieben. Jetzt müssen die ungarischen Offiziere Frankreich die Schuld zuschieben, daß eine dahingehende internationale Vereinbarung nicht zu stande kommt. Vor gar nicht langer Zeit soll Oesterreich die Schuld an dem Fortbestehen der Prämien getragen haben.

Wir glauben, daß sich immer ein Sündenbock finden wird, sobald zur Freude des internationalen Agrariervolkes die Prämienwirtschaft bestehen bleiben wird.

Das Zustandekommen der von ungarischer Seite empfohlenen österreichisch-ungarisch-deutschen Konvention liegt noch im weiten Felde.

„Der Despotismus der Sozialisten“ ist in Frankreich wie in Deutschland ein beliebtes Thema kapitalistischer Stridenten, die sich einbilden, mit solchen Witten die Arbeiterbewegung tödten oder doch in Verfall bringen zu können. Jetzt spielen in der französischen Ordnungspresse die vier gemahregelten Arbeiter von Albi. Unser Pariser Korrespondent hat in der Nummer vom 3. dieses Monats bereits die Sache erwähnt. Jetzt liegt das gesammte Material vor uns; und wir können hiernach unser Urtheil nun dahin abgeben, daß die Genossen in Albi durchaus korrekt verfahren sind. Die vier Arbeiter, welche ausgeschlossen wurden, sind gewisslose Agenten des Herrn Ruffoguer, die um ihr unsauberes Geschäft, aus Schamgefühl oder aus irgend einem anderen Motiv, den Mantel des Anarchismus gehängt haben. Es sind würdige Genossen der „Anarchisten“ des „Bourru“, die diesen im Dienste der Kapitalisten der Staatsanwaltschaft denunzirt haben. Einer solchen Unannehmlichkeit wollte die Genossenschaft der Glasmacher von Albi sich nicht aussetzen; und da die betreffenden Söldlinge des Herrn Ruffoguer ihre Absicht, das Unternehmen zu schädigen, auch gar zu plump offenbarten, und im Namen der Freiheit und Demokratie gegen jede geschäftliche Ordnung sich auflehnten, so wurden sie aus einer Genossenschaft entfernt, in die sie nicht hineingehörten, und in die sie sich als Feinde eingeschlichen hatten. Daß in jedem Geschäft, in jedem Betrieb, wo eine Anzahl von Menschen zu einem gemeinsamen Zweck zusammen zu arbeiten haben, Ordnung und Disziplin herrschen müssen, das brauchen die Herren Bourgeois uns nicht zu sagen. Es giebt keinen vernünftigen Arbeiter, und besonders keinen sozialistischen, der das nicht weiß. Und Leute, die dies nicht einsehen, verdienen den Namen Arbeiter nicht. Sogar Herr Pelloutier, der

Galbanarchist — vom Londoner Kongress her bekannt — hat schließlich zugeben müssen, daß die 4 Nabaumacher von Rechts wegen ausgeschlossen worden sind, nachdem er in einer vorherigen Konferenz für dieselben Partei ergriffen hatte.

Für die „gemahregelten Märtyrer“ braucht niemand Mitleid zu haben. Herr Ruffoguer wird sie gut entschädigen. Und sollte er sich weigern, so würden sie ihn, als Austraggeber, gerichtlich belangen können.

Ein erfreuliches Bild inmitten der kriegstollen Barbarei des europäischen Festlandes gewähren die Verhandlungen, welche zwischen England und den Vereinigten Staaten behufs Einführung eines für beide Staaten gültigen internationalen Schiedsgerichts geführt worden sind. Denn die Verhandlungen sind thatsächlich schon zum Abschluß gelangt und der Vertrag sollte schon am 1. Januar unterzeichnet werden — als Neujahrsgeschenk für alle Freunde des Friedens und Fortschritts — aber hintennach stellte sich heraus, daß noch eine Formalität zu erfüllen war, an die man nicht gedacht hatte.

Man wird sich erinnern, daß England bereits vor 30 Jahren — nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, während dessen die englische Regierung der amerikanischen Regierung nicht loyal gehandelt, und namentlich zur Ausrüstung von Kaper Schiffen der Sonderbändler ein Auge zugebückt hatte — mit den Vereinigten Staaten übereingekommen war, den Alabama Streit (Schadenersatz von Verwüstungen durch ein solches Kaperschiff) schiedsrichterlich beizulegen. Die Beilegung ist auch erfolgt, und zwar hatte die Schweiz das Schiedsrichteramt. In England und den Vereinigten Staaten wurde nach diesem günstigen Resultat der Wunsch laut, ein permanentes Schiedsgericht für beide Staaten herzustellen. Und merkwürdig: Die liberale englische Regierung that in der Sache nichts oder wenig, und den Konservativen war es vorbehalten, den Gedanken auszuführen. Das ist jetzt geschehen; und nachdem die beiden Staaten, welche zusammen mehr Macht darstellen, als alle Militärrstaaten zusammengenommen, für sich ein Schiedsgericht eingesetzt haben, das jeden etwa auftauchenden Konflikt zu schlichten hat, und das jede kriegerische Verwickelung einfach unmöglich macht, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß auch die Militärrstaaten eines schönen Tags zur Vernunft kommen — oder gebracht werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Elberfelder Strafkammer wurde der Messerwaid Wilhelm Lipp wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Er soll den Kaiser beleidigt haben, indem er dessen Wäste in einem öffentlichen Lokale zu Hölzchen im März vom Postamente herabgeworfen und dabei eine respektwidrige Aeußerung gethan haben soll. Der Lipp war von seinem Feinde Lühr denunzirt worden. Die lange Beweisnahme drehte sich um die Frage, ob der Lühr glaubwürdig sei oder nicht.

Deutsches Reich.

Dem Bundesrathe soll die Konventionsvorlage in den nächsten Tagen zugehen, dagegen ist die Vorlage über die Militärstrafprozess-Ordnung wieder vertagt worden.

Das Schicksal des Lehrerbefehlungs-Gesetzes hängt auch diesmal von der Haltung des bildungsfeindlichen, großagrarischen Herrenhauses ab. Die konservative Presse bereitet schon darauf vor, daß das Herrenhaus auch der neuen Vorlage des Herrn Boffe das Schicksal ihrer Vorgängerin bereiten kann. Im Interesse der Befreiung der Osthelbier vom Banne des Konservatismus kann diese Taktik nur begrüßt werden. Jetzt stehen die Pastoren vor den Kopf und nun die Lehrer. Wer wird künftig für sie agiren? Landrath und Gendarm bleiben nur noch übrig. Uns kann's recht sein.

Der christlich-soziale Pastor Schall in Waderdorf, wie der „Zeit“ entgegen anderen Meldungen geschrieben wird, seines Amtes noch nicht entsetzt, vielmehr ist nur das Disziplinarverfahren aus Amtsentsetzung gegen ihn eingeleitet. Die Sache schwebt seit fast 2 Jahren vor der Disziplinar-Kammer für Kirchendiener; sollte dieselbe einen verurtheilenden Spruch fällen, so steht dem Angeklagten noch die Appellation an den Disziplinarhof frei. Darnach kann sich die Sache noch lange hinziehen.

Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe redet in ihrer letzten Nummer von der „bekannten Börsenfreundlichkeit“ des „Vorwärts“. Die Grundweisheit der Wandler scheint ein dicker Trommelfell zu haben und nicht lesen zu können. Nun, vielleicht versteht sie das folgende: Der „Vorwärts“ bringt der Börsen nicht einen Funken Sympathie entgegen. Er hält es für kindstülpig, nach dem Mantel zu zielen und nur nach dem Mantel, den „Herzog“ aber in Ruhe zu lassen; die heutige Wirtschaftsordnung mit allen Mitteln aufrecht erhalten wollen und eine nothwendige Begleiterscheinung dieser „Ordnung“ in Grund und Boden zu verdammen. Eine solche Dummheit macht der „Vorwärts“ nicht mit, er heißt ja nicht „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“.

Beschlagnahme wurde von der Polizei in Leipzig die letzte Nummer des illustrierten Münchener Witzblattes „Simplissimus“ wegen eines Artikels, in dem eine Gotteslästerung erblickt wird.

Ungarn.

Die Forderung der österreichischen Regierung, den exkommunizierten Bauernmagistrat P. Stojalowski ihr auszuliefern, hat in Ungarn große Erregung hervorgerufen. Der „Befr. Ztg.“ wird aus Budapest telegraphirt: In der Angelegenheit der Wahrung des ungarischen Völkerrechts gegenüber dem verhafteten Vater Stojalowski ist für Sonntag eine große Volksversammlung einberufen.

Frankreich.

Paris, 6. Januar. „Pétite République“ richtet insolge vertraulicher Mittheilungen aus dem Kriegsministerium an die Regierung die Frage, ob die Befürchtungen, daß der europäische Friede nicht mehr von langer Dauer sein werde, begründet seien. Der Kriegsminister habe nämlich allen Offizieren an der Grenze Fragebogen zugehen lassen, in denen die Namen, der Familienstand, die Kinderzahl, das Vermögen und außerdem etwaige Personen in der Familie angegeben werden sollen, die sich im Falle einer Mobilmachung mit der Pflege der Kinder befassen können.

Paris, 6. Januar. Dem „Evenement“ zufolge hat die progressivistische Gruppe in Bordeaux den nach dem Tode des bisherigen Vertreters erledigten Deputirtenstuhl Constance an.

Wie viel Blutopfer ein Kolonialkrieg fordert zeigt die amtliche Nachweisung über den Madagaskar-Feldzug. Die Archive der Médecine navale haben nunmehr endgültig die Verlustziffern des Madagaskar-Feldzuges festgestellt. Diese Zahlen sind von einer traurigen Beredsamkeit: von den insgesamt 22,850 zur Rüstung der Howas auf die große afrikanische Insel entsendeten Soldaten sind 7498 gestorben, also ein volles Drittel. Am meisten gelitten hat das Genie-Sapeurkorps, dessen Mannschaften an der Herstellung des Weges und der Brücken arbeiten mußten. Zwei Drittel derselben haben ihren Tod in dem Fieberklima gefunden. Nach ihnen hat das Jägerbataillon die größte Verlustziffer (83,2 vSt.) aufzuweisen, hauptsächlich insolge des Marsches auf Tarafatra. Die eingeborenen Truppen, die in die europäischen Kadres eingereicht waren, zeigten sich viel widerstandsfähiger, aber die Hilfstruppen, gleichviel ob Eingeborene, wie die Salalawen, oder

aus Nord- und Westafrika herbeigezogene, wie die Kabplen oder Senegalesen, sind stark mitgenommen worden. Sie weisen 9000 Todesfälle auf 8000 Mann auf.

Rußland.

Die Polizei gegen die Universitäten. Polnische Blätter melden aus Kiew, daß der General Nowicki mit Gendarmen in den Hofsaal der dortigen Universität einbrang und trotz des Protestes des gerade Vorlesung haltenden Universitäts-Professors eine Hausdurchsuchung vornahm, bei welcher das Manifest der Moskauer Studenten, Proklamationen und sozialistische Broschüren gefunden wurden. Eine Anzahl Studenten wurde später verhaftet.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Januar. (Daily News.) Drei Offiziere der Militärkommission wurden gestern Nachmittag auf der Galata-Brücke unter großer Erregung der Bevölkerung verhaftet; bisher wurden dazwischenzeitlich Verhaftungen stets in der Nacht vorgenommen. Nach über Philippopol hierher gelangten Meldungen aus Konstantinopel, wurden in den letzten Tagen auch sonst noch zahlreiche Verhaftungen von Türken daselbst vorgenommen.

Kretensisches. Von verschiedenen Seiten wird, wie aus Athen gemeldet wird, bestätigt, daß die Unruhen in Kanea und Umgebung einen bedrohlichen Charakter annehmen. In der Nähe von Kanea wurden dieser Tage christliche Landleute von Türken überfallen, einer von ihnen getödtet und ein zweiter schwer verwundet. Unter der Bevölkerung Kanea's herrscht andauernd große Erregung.

Wie die „Daily News“ aus Athen von gestern melden, feuerten im Hinterhalt liegende Muselmanen am Sonnabend außerhalb Kanea's auf einen Trupp Christen; bei dem hierauf folgenden Kampfe wurden ein Christ und zwei Türken verwundet. Ähnliche Zwischenfälle kamen gleichzeitig an anderen Punkten der Umgegend vor, wobei zwei Christen getödtet wurden; es herrscht in Kanea große Erregung. Eine beträchtliche Anzahl bewaffneter Christen versammelte sich in Perivolia und weigerte sich, auf Aufforderung des Generalgouverneurs auseinanderzugehen.

Wie Midhat Pascha endete. Der jüngsten Nummer der in Paris erscheinenden jungtürkischen Zeitung „Durriet“ entnimmt der „Pester Lloyd“ einen Artikel, der das Ende des Reformators Midhat Pascha (8. Mai 1884) behandelt. Die Zeitung behauptet, diese Erzählung von einem J.-fanterie-Hauptmann erhalten zu haben, dessen Rechtschaffenheit und Wahrheitsliebe notorisch seien, und der nur über Selbstverlebens berichtet. Seine Erzählung lautet: „Unser Bataillon war gerade vom Kriege nach Tais zurückgekehrt. Allgemein war das Gerücht verbreitet, daß hierher Pascha's ins Exil kommen würden, denen man die Schuld an dem Verlusse des Krieges beimesse. Einem Tages sahen wir sie auf Kameelen reitend, von Bewaffneten umzingelt, einziehen. An der Spitze ritt ein weisbärtiger Mann, mager, von kränklicher, schwacher Konstitution, etwas bittig. Das war Midhat Pascha. Er grüßte die Truppen, die ringsum lagerten. Zwei andere Paschas folgten ihm, einer, ein sehr schöner Mann, war Mahmut Hjal-Eddin Pascha, der andere, wie man aus dem besonders kostbaren Turban erkannte, der Scheich-ul-Islam. Hinter ihnen ritten noch Offiziere, zwei waren an den Füßen an ihre Thiere gebunden. Die Pascha's und die übrigen Verbannten wurden getrennt installirt. Ich hatte jederzeit im Gefängniß der Pascha's Zutritt. Einige Monate waren vergangen, als plötzlich ein Offizier aus Konstantinopel ankam, er nannte sich Tschereffse Suleiman Bey. Ich sah ihn mit unserem Hauptmann in das Amtlokal des Intendanten unter lebhaftem Gespräche gehen. Die folgende Nacht mußten alle Sergeanten unseres Bataillons, ich unter ihnen, auf den Befehl unseres ersten Sergeanten ausmarschieren, gefolgt von diesem Aufkämmling aus Konstantinopel. Auf dem Wege läßt man uns plötzlich halten und Suleiman Bey hält eine Ansprache, von der ich nichts weiter verstanden habe, als daß uns der Padihschah grüßen lasse. Meine Kameraden sagten: „Jetzt werden wir die Pascha's erwürgen müssen.“ Wie ich das hörte, fing ich am ganzen Leibe zu zittern an. Unsere Offiziere wählten fünf der allerstärksten Leute aus, unter ihnen war auch ich und ein Riesenfürk Namens Haidar Tschachou, aus dem Suban. Auf Befehl des Lieutenant's traten wir fünf in die Zelle des Midhat Pascha ein, wir blieben einige Augenblicke stehen. Ich zitterte vor dem, was kommen sollte. Wie uns der Pascha sah, erblickte er und begann sich unruhig auf seinem Lager umherzuwälzen. Ich war hinter den anderen, so hörte ich nicht genau, was er sagte, nur das: „Kinder, was wollt Ihr?“ Er versuchte, sich von seinem Lager zu erheben, aber in demselben Augenblicke stürzte auf Befehl des Lieutenant's dieser Haidar Tschachou über ihn mit seiner ganzen Wucht. Die übrigen hielten ihn an Armen und Beinen, bis man ihm endlich die Schnur um den Hals gezogen hatte. Ich hatte bestimmungslos einen seiner Füße ergriffen. Ich spürte nur einen Rippenstoß, den ich wegen meiner Unthätigkeit bekam, sonst war ich ganz bestimmungslos. Wie lange die ganze Exekution dauerte, kann ich deshalb nicht angeben; nachher lief ich geradewegs in die Kaserne und mußte gleich von da ins Spital transportirt werden, wo ich genau drei Monate krank lag. Wie ich später erfuhr, machten dieser Haidar Tschachou und der erste Sergeant auch den übrigen Verbannten den Garaus.“

Afrika.

Zu Durban (Natal) sind zwei englische Schiffe mit indischen Auswanderern angekommen. Es herrscht insolge dessen unter den Eingeborenen große Erregung, da sie fürchten, daß die Angewandten ihnen die Arbeit wegnehmen werden. Man befürchtet den Ausbruch einer Revolution. Die Truppen sind konsignirt.

Amerika.

Washington, 6. Januar. Der Senat hat den Beschluß gefaßt, die Todesstrafe in 65 von den im Strafgesetzbuche vorgesehenen 60 Fällen abzuschaffen.

Eine erfolgreiche Flibustier-Expedition brachte tausend Mausegewehre, eine Kanone und 400 000 Patronen nach Kuba.

Die französischen Senatswahlen.

Paris, 4. Januar 1897. Seit den ersten Dritteln-Erneuerungswahlen von 1879, die den Republikanern die Mehrheit im Senat verschafften, haben keine Senatswahlen die Gemüther so heftig erregt, wie die diesjährigen. Die Wahlkampagne stand im Zeichen des Frühjahrs-Konflikts zwischen der ordnungsparteilichen Mehrheit des Senats und dem radikalen Ministerium Bourgeois. Der privilegierte senatorische Wahlkörper hatte sich zu entscheiden nicht mehr für diese oder jene politische farblose Persönlichkeit, sondern für oder gegen prinzipielle Programmporderungen, welche für die nächste Zukunft der Republik bestimmend sind: für oder gegen die Verfassung-Revision zwecks Beschränkung der Senatsbefugnisse, für oder gegen die progressive Einkommensteuer. Und das Resultat? Es hat sich gezeigt, daß der Wahlmodus des Senats, ausgehebt von den Monarchisten der Verfallener Nationalversammlung, um ihnen eine Mehrheit im Senat zu sichern, sich viel rascher in ein kapitalistisch-republikanisches Werkzeug umwandeln läßt als in ein demokratisches. Die Kennzeichen des reaktionären Wahlmodus sind: indirekte Wahlen zweiten Grades für einen kleinen Theil des nach einzelnen Departementen gegliederten Wahlkörpers, indirekte Wahlen dritten Grades für den ausfallgebenden Theil des Wahlkörpers, in dem die Abgeordneten, die General- und Kreisräthe unmittelbar als Wahlmänner fungiren, während die Gemeinderäthe erst Wahlmänner zu wählen haben; sodann die Erdrückung der städtischen Wahlmänner durch die ländlichen, der Vertreter vollreicher und vorgeschrittener Gemeinden durch die Vertreter vollarmer und rückständiger Gemeinden. Kurz, der senatorische Wahlmodus ist ein Schiziprget, der den Volkswillen in um so verzerreter Gestalt

An die Arbeiter Deutschlands! Der Streik auf dem Emailwerk von Thiel u. Söhne in Lübeck, der nun schon 12 Wochen dauert, ist noch nicht beendet. Es steht aber zu erwarten, daß die Entscheidung bald fällt; deshalb ist es jetzt doppelt notwendig, daß der Zug streng fern gehalten wird. Vor allen Dingen dürfen Metallarbeiter aller Branchen sich nicht verlocken lassen, bei Thiel u. Söhne sowie bei dem Schlossermeister Jenz (dessen Schlosser ebenfalls die Arbeit niederlegten, weil sie Arbeit für Thiel u. Söhne machen sollten) in Arbeit zu treten, denn gerade der Mangel an gelernten Arbeitern macht den Herren am meisten Verlegenheiten. Das richtigste ist, wenn die Angehörigen dieses Berufes Lübeck überhaupt meiden. Aber auch pekuniäre Unterstützung ist dringend erforderlich, denn es sind noch 311 Streikende zu unterstützen, darunter 80 Frauen und Mädchen. Verbeirathet sind 196, welche 863 Kinder zu ernähren haben. Arbeiter, Genossen! Es handelt sich hier um Sein oder Nichtsein blühender und leistungsfähiger Organisationen. Unser Sieg ist Eurer Sieg. Deshalb beweist auch uns jetzt gegenüber Eurer stets bewährte Solidarität! Das Streikkomitee. J. A.: Heim. Schw. in Lübeck, Lederstr. 8.

Alle Anfragen und Geldsendungen sind zu richten an Ernst Wendfeldt in Lübeck, Lederstr. 3. Alle Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Zu Machen sind die Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie so erbärmlich, daß den auswärtigen Textilarbeitern nur gerathen werden kann, diesen Ort zu meiden. Wie schon mitgeteilt wurde, ist in der Weberei von Grünberg u. Co. ein Streik ausgebrochen; sämtliche Weber, 50 an der Zahl, legten die Arbeit wegen Lohnabzuges nieder. Diefem Streik ist ein zweiter gefolgt, und zwar in der Rosenbergschen Fabrik, wo den Webern eine 20prozentige Lohnreduktion zugemuthet wurde. Die Bezahlung der Kachener Textilarbeiter ist, wie man uns schreibt, so miserabel, daß in einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen die Schuld an dem Hochschnellen des Armenbudgets direkt den Textilfabrikanten zur Last gelegt wurde.

Aus Weiskensfeld berichtet das „Volkblatt für Halle“ über den dort ausgebrochenen Schuhmachereistreik: In der Schuhfabrik von Emil Blasig, der größten Fabrik am Orte, legten am Montag sämtliche Zwiader, 49 Mann, die Arbeit nieder. In den folgenden Tagen werden auch die Maschinen- und sonstigen Arbeiter gezwungen sein aufzuhören, da absolut keine Arbeit vorrätig ist. In der Fabrik werden ca. 170 Arbeiter beschäftigt. Die Zwiader stellten folgende Forderungen: Abschaffung der Strafen; 10 Minuten vor Beginn der Arbeit die Fabrik zu öffnen und bis 5 Minuten nach Beginn offen zu lassen; monatliche Lieferung der Lohnbücher und Zwischnummer resp. Nachzahlung der bis jetzt bezahlte genommenen; Ausbesserung der Löhne um 2 bis 6 Pf. pro Paar.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat in seiner Versammlung am Montag den Beschluß gefaßt, die Gründung eines Arbeiter-Sekretariats oder eines ähnlichen Instituts fallen zu lassen. Man ist hierbei von dem Grundsatze ausgegangen, daß durch Schaffung von Zentralstellen für die Gesamtheit der am Platze dominirenden Gewerkschaften den einzelnen Branchen die freie Entfaltung ihrer Agitations- und Organisationsfähigkeit genommen sei. Die Gründung derartiger Institute sei nach Ansicht mehrerer Versammlungsredner verfrüht.

Das internationale Buchdruckersekretariat in Bern hat für die Unterstützung der in einem Lohnkampfe stehenden italienischen Buchdrucker eine Extrastreife von 10 Ct. pro Woche beschlossen.

Die Streiks in Frankreich 1895. Der Statistik des „Office du Travail“ zufolge hat die Streikbewegung in Frankreich im Jahre 1895 eine Steigerung erfahren, die jedoch bloß die Zahl der Arbeitseinstellungen betrifft, während die Zahl der Streikenden, sowie der verlorenen Arbeitstage gegenüber 1894 sank. Die Statistik verzeichnet für 1895 405 Streiks gegen 391 im Jahre 1894; die Zahl der Beteiligten betrug 45 801 (1894 54 576), die der verlorenen Arbeitstage 617 469 (1894 1 062 280). Am härtesten betroffen war die Textilindustrie mit 141 Streiks und 14 641 betroffenen Arbeitern; vollen Erfolg hatten von diesen bloß 82 Arbeitseinstellungen und 8000 Arbeiter.

In Marseille haben sämtliche Fischer die Arbeit eingestellt, weil sie die Stadt zu zwingen versuchte, ihre Fische mit Zellerwaagen anstatt wie bisher mit sog. englischen Zifferblattwaagen zu wiegen. In der großen Fischhalle von Marseille — Halle des Vivaux —, wo die Fischer täglich ihre Produkte verkaufen, kam es gestern den ganzen Tag über zu härmischen Auftritten zwischen ihnen und der Polizei. Eine Deputation der Fischerfrauen begab sich ins Hôtel de Ville, um den Bürgermeister zur Zurücknahme seiner Verordnung zu veranlassen. Von dem Resultat dieses Schrittes wird es abhängen, ob der Ausstand aufhört oder allgemein wird.

Aus Melbourne in Australien wird telegraphirt, daß am Dienstag der Ausstand der Maschinenisten infolge gegenseitiger Zugeständnisse dieser und der Schiffseigentümer beendet worden ist. Die Maschinenisten nehmen die Arbeit sogleich wieder auf. In einer nachfolgenden Unterhandlung sollen die endgültigen Bedingungen festgesetzt werden.

Soziales.

Die „Sozial-Korrespondenz“ kann demnächst auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Berlin gründete sie im Frühjahr 1877, um durch sie die Erkenntnis der sozialen Dinge und die praktischen Hilfsmittel zur Förderung des Arbeiterwohles zu verbreiten. Es handelte sich natürlich um die soziale Erkenntnis, die den herrschenden Klassen die Kreise nicht ernstlich störte und der Sozialdemokratie das Wasser abgraben sollte. So lange die „Sozial-Korrespondenz“ auf unsere Bestrebungen schimpfte, war sie dem Journalistenhumor der bürgerlichen Presse eine beliebte Quelle. Als das aufhörte, kam sie aus der Mode. Geschadet hat die Polemik der „Soz.-Korr.“ der Sozialdemokratie nicht, wie die fortgesetzte Vermehrung unserer Anhänger beweist. Dagegen hat uns das Blatt in den letzten Jahren durch manchen guten Artikel über irgend eine Erscheinung des sozialen Lebens oft genug Waffen geliefert zur Bekämpfung derselben bürgerlichen Welt, deren ökonomische und politische Konstruktion zu erhalten ihr Zweck ist. Dr. Viktor Böhmert in Dresden, der jetzt die Korrespondenz wieder redigirt, war auch ihr erster Leiter.

Die Beschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Amerika macht weitere Fortschritte. Das Abgeordnetenhaus der Union hatte im Mai vorigen Jahres eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach alle männlichen Personen im Alter von über 16 Jahren, die nicht in ihrer Muttersprache schreiben und lesen können, von der Einwanderung zurückgewiesen werden sollen. Der Senat will nun dieses Gesetz noch verschärfen, indem auch das weibliche Geschlecht derselben Bestimmung unterworfen werden soll. Die Anforderungen, die in Beziehung auf Lesen und Schreiben an die Einwanderer gestellt werden sollen, sind zwar sehr gering bemessen; die Ankömmlinge dürfen selbst die Sprache wählen, in der sie geprüft sein wollen, und dann sollen sie nur fünf gedruckte Zeilen in dieser Sprache zu lesen und abzuschreiben haben, und damit ihnen nicht allzu schwierige Worte ausgegeben werden können, sollen die auf Karten gedruckten Schriftproben aus Abschnitten der Verfassung bestehen und nach Art der Lotterie-Nummern gezogen werden. Aber trotz dieser geringen Anforderungen an die Bildung werden unzählige Einwanderungslustige in den amerikanischen Häfen zurückgewiesen werden, namentlich Italiener, russische Polen, Galizier, Schläpfer, ferner Griechen und Syrer, auf welche Völkerschaften die Maßregel namentlich gemünzt ist. Das nächste, meint der „Hamburgische

Korrespondent“, wird vermuthlich die Forderung sein, daß niemand ins Land gelassen werden soll, der nicht englisch lesen und schreiben kann.

Man mag die Maßregel betrachten, von welchem Standpunkt aus man will, jedenfalls ist sie nicht notwendig. Abgesehen davon, daß unter den eigentlichen Amerikanern unzählige ebenfalls nicht lesen und schreiben können, weil in vielen Einzelstaaten der Union kein Schulzwang besteht, bietet die im Verhältnis zu ihrer Größe noch sehr dünn bevölkerte Union noch so vielen Menschen Raum, daß im Gegentheil die Einwanderung eher zu begünstigen als zu erschweren ist.

Das Elend auf Sizilien. Eine schwere Sorge lastet auf den Behörden der von der Natur so verschwenderisch ausgestatteten Insel Sizilien; die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter jeder Art ist ungeheuer. Fast fortwährend finden sich ganze Hügel von Arbeitern bei dem königlichen Kommissar, dem Minister Cobronchi, und bei den Zeitungs-Redaktionen ein und verlangen Brot und Arbeit. In Palermo allein giebt es nicht weniger als 10 000 Arbeiter, die seit vielen Monaten auch nicht die geringste Arbeit haben; 10 000 beschäftigungslose Arbeiter repräsentiren wenigstens eine Gruppe von 50 000 brotlosen Personen. Das ist eine furchtbare Ziffer in einer Stadt von 250 000 Einwohnern! Dazu kommen noch die Arbeiter, deren Löhne herabgesetzt worden sind und die so wenig Arbeit haben, daß sie nicht mehr genug verdienen, um sich und ihre Familien ausländig zu ernähren. Es giebt in Palermo Fabriken, die einige hundert Arbeiter beschäftigen und die nun, wegen der Lohnreduktion, einen sogenannten Arbeitswechsel einrichten mußten, so daß jeder Arbeiter nur zwei bis drei Tage in der Woche beschäftigt ist. Die Erregung in der Klasse der Nothleidenden wächst in bedrohlicher Weise. Wie unsere Leser schon aus der letzten Nummer unseres Blattes wissen, kam es wieder zu Unruhen auf der Insel. Eine amtliche Depesche sucht die Vorfälle freilich als bedeutungslose lokale Ausschreitungen darzustellen. Die Bauern haben nach dieser amtlichen Darlegung wegen mißverständlicher Auslegung administrativer Anordnungen in der Gemeinde San Giuseppe Jato das dortige Stenerhäuschen in Brand gesetzt. Die Ruhe wurde alldah wieder hergestellt. Die Vorfälle haben keine weitere reichende Bedeutung. Genau so schlossen die Depeschen, welche zur Zeit des großen Aufstandes auf Sizilien von Herrn Crispi in die Welt hinaus gesandt wurden.

Gerichts-Beitrag.

Ein interessanter Prozeß beschäftigte den Straßensat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung. Der Redakteur Fuchs, der ein Provinzialblatt als Verantwortlicher gezeichnet hatte, war vom zuständigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurtheilt worden; er sollte gegen eine Verordnung verfahren haben, die sich mit der Anpreisung von Geheimmitteln befaßt. Der Zeitung hatte nämlich eines Tages eine Broschüre beigelegt, die „Anleitungen zur Erhaltung der Gesundheit und zur Heilung von Krankheiten“ enthielt. Darin wurde u. a. ein bestimmtes Mittel empfohlen, dessen Zusammensetzung übrigens angegeben war. Dieses Ansehen berührte die Strafkammer, bei der Fuchs Berufung einlegte, insofern, als sie ihn von der Anklage freisprach, gegen die Geheimmittel-Verordnung sich vergangen zu haben. In dessen erachtete auch das Berufungsgericht ihn für strafbar, indem es sich auf eine andere Verordnung berief, wonach Heilmittel, die nicht überall hergestellt werden dürfen, nicht öffentlich anpreisend werden sollen. Fuchs legte nunmehr Revision ein. Er betonte, daß er wohl für die fragliche Zeitungsnr. verantwortlich sei, aber doch nicht für die Broschüre, die darin gelegen habe. Die Frage, ob er gewußt habe, daß die Schrift der Zeitung beigelegt werden sollte, betraf die Revisionskammer; er hob aber hervor, ihren Inhalt nicht gekannt zu haben. Das Kammergericht hob die Entscheidung des Landgerichts auf und wies die Sache zu anderweiter Beurteilung in die Vorinstanz zurück. Zur Begründung bemerkte der Vorsitzende, die fragliche Verordnung sei richtig, jedoch sei die subjektive Haftbarkeit des Angeklagten noch nicht genügend dargelegt. Als verantwortlicher Redakteur könne er nur bestraft werden, wenn die Broschüre ein integrierender Bestandteil der Zeitung gewesen sei, z. B. wenn die Zeitung einen Hinweis auf sie enthalten hätte. Vielleicht sei er aber auch strafbar auf Grund des Prozeßgesetzes, weil er davon, daß die Broschüre der Zeitung beigelegt werden sollte, vorher Kenntniß gehabt habe und der Beilegung hätte vorbeugen können.

Der Schankwirth Meyer aus der Reinickendorferstr. 57 b hatte sich dieser Tage abermals wegen Uebertretung der Verordnungsverordnung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Meyer sollte sein Lokal am Sonntag, den 15. November, in den Stunden von 10—12 Uhr nicht geschlossen gehalten haben. Auch in diesem Falle erfolgte Freisprechung.

Die Schwester des verstorbenen Rentiers Wlad, eine verheiratete Frau Haubighofer, hat von der durch den Rechtsanwalt Dabbert Hamburger vermittelten Nachlassmasse die Zahlung von etwa 90 000 M. beansprucht, indem sie behauptet, daß ihr Bruder sie vor 30 Jahren von Hannover nach Berlin habe kommen lassen, damit sie ihm bei der Wirtschaftsführung und der Verwaltung seines Vermögens und seiner Häuser helfe. Dies habe sie auch 29½ Jahre lang getreulich gethan. Ihr Bruder habe ihr dafür eine jährliche Kompetenz von 3000 Mark zugesichert, ihr diesen Betrag aber nie gezahlt, sondern sie vielmehr mit der Versicherung hingehalten, daß er ihr diese Gelder aufspare und dieselben auch in sicheren Papieren angelegt habe. Bei seinem Tode habe sich aber ergeben, daß dies nicht geschehen war, und daß er unter Umgehung der gesetzlichen Erben die Städte Berlin — diese zur Hälfte mit der Bedingung, daß ihm hier ein Denkmal gesetzt werde — Bingen und Mainz, letztere zur anderen Hälfte, als Erben eingesetzt hatte. Das Landgericht II erkannte nach dem Klage-Antrage. In der Berufungsinzanz hat nun das Kammergericht vorgestern dahin erkannt, daß der Nachlasspfleger sofort 79 316 M. nebst Zinsen an Klägerin zahlen solle. Bezüglich des letzten Theils der Klagesumme von über 10 000 M. wurde auf einen Eid für die Klägerin erkannt, dahin gehend, daß ihr Bruder ihr vor Verkauf seines letzten Hauses erklärt habe, sie solle die 3000 M. jährlich auch dann von ihm bekommen, wenn er kein Haus mehr habe.

Der Schöne-Prozeß vor dem Reichsgericht. In der Nr. 116 des Vormärts vom 20. Mai 1896 erschien ein Leitartikel unter der Spitzmarke „Zum Kampf gegen die sozialdemokratischen Organisationen“. In diesem war der Polizeikommissar Schöne, der in dem bekannten Prozeße als Zeuge hervorragend thätig gewesen, wegen seiner Zeugenaussage angegriffen worden. Gegen den verantwortlichen Redakteur Jacoby stellte der Polizeipräsident Strafantrag. Das Reichsgericht stellte jedoch durch Urtheil vom 18. September 1896 das Verfahren ein, da es mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Freudenthal den Strafantrag des Polizeipräsidenten nicht für zulässig erachtete. Der Polizeipräsident habe nur das Recht, so wurde angeführt, den Strafantrag zu stellen, wenn ein Beamter während der Ausübung seines Berufs oder in Beziehung auf seinen Beruf beleidigt wird. Die erste Alternative komme nicht in Frage, die zweite sei nicht gegeben, denn die Beleidigung richte sich gegen die Zeugenaussagen des Kommissars, als Zeuge über dieselbe jedoch nicht besondere Berufspflichten aus, sondern erfülle eine Pflicht, die jedem Staatsbürger obliege. Wegen das Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und begründete sie damit, Schöne habe in dem Prozeße gegen die sozialdemokratischen Organisationen polizeiliche Ermittlungen gehabt, er habe seine Aussagen als Beamter über Gegenstände, welche sein Amt betrafen und welche amtlich zu seiner Kenntniß gekommen waren, abgegeben, er habe sich demnach in Ausübung seines Berufs befunden, als er Zeugniß vor Gericht ablegte. Des weiteren führte die Staatsanwaltschaft aus, daß nach früheren Strafverfahren Beamte, die über Gegen-

stände Zeugniß abgelegt, die ihr Amt unmittelbar betrafen, die Nichtigkeit ihrer Aussagen auf den Dienstfeld verhielten; daraus folge, daß derartige Aussagen als zur amtlichen Thätigkeit derselben gehörig erachtet wurden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, machte dagegen geltend, daß die von der Staatsanwaltschaft gezeigte Schlußfolgerung aus der Stellung des Beamten zum Eide nach dem früheren Verfahren irrig sei, die Berufung auf den Dienstfeld nach dem früheren Recht sei aus prozeßpolitischen Gründen eingeführt und habe nichts mit der Frage zu thun, ob ein Beamter als Zeuge eine Berufspflicht erfülle. Das angegriffene Urtheil habe diese Frage mit Recht verneint. Das Reichsgericht verwarf auch die Revision der Staatsanwaltschaft und bestätigte das erste Urtheil.

Verfassungen.

Die Schuhmacher beschäftigten sich in einer gut besuchten Versammlung, die am Dienstag im Englischen Garten tagte, mit dem vom Verein der Schuh- und Schäftefabrikanten gegründeten Arbeitsnachweis. Einleitend verwies Willner auf die bei der Gründung des Fabrikanten-Kartells den Arbeitern gemachten Versprechungen, nach welchen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemeinsam geregelt werden sollten und ein friedliches Zusammenarbeiten in Aussicht gestellt wurde. Ständen auch die Mehrzahl der Arbeiter diesen angeblichen Bestrebungen sehr feindselig gegenüber, schon deshalb, weil die Sprecher der Fabrikanten-Vereinigung eifrig bemüht waren, die Sagen des Kartells geheim zu halten, so hat es sich aber doch nach der erst kurzen Thätigkeit herausgestellt, welche Absichten die Unternehmer zu dieser Verbindung veranlaßten. Schon die Thatsache, daß die Mitglieder durch hohe Konventionalkraft von 8000 bis 9000 M., je nach der Größe des Betriebes, zur Innehaltung des Statuts verpflichtet wurden, läßt darauf schließen, daß die Vereinigung anderen Zwecken dient. Das Statut der Schuh- und Schäftefabrikanten weist, soweit es bis jetzt bekannt ist, eine täuschende Aehnlichkeit mit dem der Metallindustriellen auf und enthält unter anderem auch die Bestimmungen, daß unberechtigte Forderungen der Arbeiter von der Vereinigung solidarisch bekämpft werden. Die Arbeiter der vom Streik betroffenen Fabriken sollen in anderen angefertigt oder von diesen die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Dagegen Arbeiter, welche sich weigern, ihren Kollegen in den Käden zu fallen, werden den Statuten des Fabrikanten-Kartells entsprechend als Streikende betrachtet und behandelt. Ebenso wie das Statut ist der neu eingerichtete Arbeitsnachweis dem der Käufern in der Gartenstraße vollständig, auch die schwarzen Listen fehlen nicht, angepaßt. Genau nach demselben Muster soll, wie behauptet wurde, die Arbeitsvermittlung gehandhabt werden, um mißliebige Arbeiter von den Fabriken fernzuhalten. Wie von mehreren Rednern behauptet wurde, werden die Arbeiter, die sich weigern, diese Arbeit anzunehmen, vom Arbeitsnachweis hopfotirt und auch mindestens 4 Wochen von demselben ausgeschlossen. Verschiedene Fälle über unwürdige Behandlung der Arbeitssuchenden, welche seit dem kurzen Bestehen zutage getreten sind, wurden eingehend besprochen. Der Leiter dieses famosen Arbeitsnachweises ist ein Herr Spiewowski, Ehrenmitglied des Hirsch-Bundischen Gewerkschafts- und Vertrauensmann der Fabrikanten. Dieser Herr, der wiederholt in den früheren Versammlungen versucht hatte, den Arbeitern klar zu machen, daß das Fabrikantenkartell viele Vortheile für sie biete, war trotz der schriftlichen Einladung nicht erschienen. Im Laufe der weiteren Diskussion wurde die elende Lage, in der sich die Arbeiter der Schuhindustrie befinden, geschildert und auf die massenhaften Entlassungen hingewiesen, die zu den Weihnachtseiertagen stattfanden. Bei den noch Arbeitenden ist der Verdienst ein so geringer, er beträgt, wie angegeben wurde, in den meisten Fällen 8, 10 und 12 M. In den verchiedenen Fabriken wurden bedeutende Abzüge konstatiert. In anbeacht dieser Lage empfahlen einige Redner, jeht keinen allgemeinen Ausstand zu inszeniren, da man den Unternehmern damit nur einen Gefallen erweise. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter so wie so nichts zu verlieren haben und unter allen Umständen hungern müssen, so daß der Generalstreik das richtige Mittel sei, um den Fabrikanten gegenüber zu treten und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Nach einer mehrstündigen Debatte wurde schließlich beschlossen, die für die Arbeiter entwürdigenden Bestimmungen des Fabrikanten-Arbeitsnachweises nicht anzuerkennen, und die Agitationskommission beauftragt, am Montag eine große öffentliche Versammlung einzuberufen, die endgiltig Stellung nehmen soll. Des weiteren wurde der Kommission anheimgegeben, dafür zu sorgen, daß die Schuhmacher in der Provinz von den hiesigen Verhältnissen unterrichtet werden. Eine ganze Reihe von Anträgen und Resolutionen, die auf den Arbeitsnachweis bezug haben, wurden zurückgestellt. Ebenso ein Antrag, bei sämtlichen Ring-Fabrikanten die Arbeit niederzulegen. Gleichfalls wurden die Anträge, welche eine Abgabe vom Arbeitsverdienst von 10 und 20 pCt. zu Gunsten der Arbeitslosen und Gemäßigten forderten, damit der Arbeitsnachweis streng gemieden wird, verlag. Den Anwesenden wurde aufgegeben, in Fabriks-Konferenzen die gegenwärtigen Verhältnisse zu berathen, um geeignete Maßregeln treffen zu können. Zum Schluß nahm die Versammlung die Situationsberichte aus den Fabriken von Metzel, Kallmann, Glaser und Unger entgegen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Ampelburg, 6. Januar. (B. Z. B.) Heute Vormittag fanden 19 Generalversammlungen statt. In einer derselben forderte der Reichstags-Abgeordnete v. Elm die Ausständigen auf, sich nicht auf einzelne Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzulassen. Nur die einheitliche Erledigung der Forderungen sämtlicher Kategorien der Hosenarbeiter sei statthaft.

An der Vereidigung eines verstorbenen Ausständigen beteiligten sich 3000 Personen. Die Kundgebung verlief in größter Ordnung. Frankfurt a. M., 6. Jan. (B. Z. B.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus St. Johann: Der Saaranal ist zugefroren, die Schifffahrt vollständig eingestellt.

Paris, 6. Januar. (B. Z. B.) Tausend Personen nahmen an dem Protestmeeting, welches das Anarchistenblatt „Libertaire“ gestern Abend in der Tonhalle anlässlich der Vorgänge aus Kuba und des Urtheils im Anarchistenprozeß in Barcelona veranstaltete, theil. Ein Theil der Protestler zogen zur spanischen Botschaft, um dort förmlich zu demonstrieren. Während die Theilnehmer an diesem Zuge über die Boulevards zogen, riefen sie: „Es lebe die Anarchie! Nieder mit der Armee!“ Mehrere vorüberkommende Offiziere wurden von ihnen aufs gräßlichste insultirt. Am Opernplatz sprengte die Polizei den Zug und verhaftete fünf Händelsführer. Zum Schluß der spanischen Botschaft wurde ein besonderer Polizeidienst vor derselben eingerichtet.

London, 6. Januar. (B. Z. B.) Am Montag Abend gegen 11 Uhr fand ein Postbeamter in einem Briefkasten zwei Sprengkörper.

Petersburg, 6. Januar. (B. Z. B.) Die Getreidesendungen für die Nothleidenden in Indien begannen seit dem 30. Dezember in großen Partien in Odessa einzutreffen.

Bombay, 6. Januar. (Meldung des Meuter'schen Bureaus.) Die Flucht der eingeborenen Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter und deren Familien, dauert fort. Die Flüchtlinge begeben sich auf das Land, wo bereits großer Mangel an Lebensmitteln herrscht. Bis jetzt haben etwa 325 000 Einwohner die Stadt verlassen.

Bombay, 6. Januar. (B. Z. B.) Nach dem amtlichen Anzeiger sind am Montag 91 Erkrankungen an der Pest und 54 Todesfälle vorgekommen. Der Leiter des Jamschetee-Hospitals, Oberarzt Manser, welcher sich mit der Untersuchung der Ursache der Pest beschäftigt, ist heute an der Pest gestorben.

Montreal, 6. Januar. (Meldung des Meuter'schen Bureaus.) In dem Urknümmenloster bei Roberval am St. Johns-See (Provinz Quebec) brach heute infolge einer Lampenexplosion Feuer aus, bei welchem sieben Urknümmen verbrannten. Das Kloster und das Schulgebäude wurden gänzlich zerstört.

Die Berliner Kirchenbauerei vor Gericht.

Die Jubelgeld-Sammler für die Berliner Kirchenbauten, so betitelt sich ein Artikel in Nr. 42 des antisemitischen „Generalanzeigers“, dessen Inhalt dem Schriftsteller Ludwig Schwennhagen und dem Redakteur Carl Sedlitz eine Anklage wegen Verleumdung des Oberhofmeisters der Kaiserin Freiherrn v. Mirbach zugezogen hat. Die Anklage wurde gestern vor der 8. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weimann verhandelt. Die Anklage vertret Oberstaatsanwalt Drescher, die Verteidigung führte Rechtsanwält Ulrich. Der Artikel des „Generalanzeigers“ beginnt wie folgt: „Die Nemesis ereilt sie Alle! Wir haben so oft erzählt von den Mächtigkeiten der weiblichen Mitglieder der jüdischen Hospartie. Aber stets schüttelt man ungläubig den Kopf und meint, so weit sei es denn doch nicht, daß die Frauen einiger Geldjuden, die gelegentlich bei Hofe erscheinen dürfen, einen Einfluß auf unsere Politik auszuüben vermögen. Gewiß erscheint diese Thatsache ungläublich, aber sie ist doch wahr etc. etc. Es wird dann erzählt, daß Stöcker sich vergeblich bemüht habe, das Geld für die von ihm als notwendig erachteten 50 Kirchen zusammen zu bekommen und daß dann die Juden gekommen seien und gesagt haben: Den Mann machen wir dadurch am leichtesten unschädlich, daß wir das Geld geben, mit dem endlich ein Paar Kirchen gebaut werden können. So sei dann als Gegenstück zu der früheren Waldsee-Verammlung im Reichsbankgebäude unter dem Vorsitz Stöckers eine Reichs-Verammlung abgehalten, in welcher der Geldgrundstock für die Kirchenbauten von den Bankjuden gezeichnet worden sei. Der Kaiserin habe man diesen Opfermuth der Börzen-Millionäre so rührend geschildert, daß sie ihren Oberhofmeister, den Herrn v. Mirbach beauftragt habe, in ihrem Namen das Werk des Kirchenbauens nun endlich in die Hand zu nehmen. Seit dieser Zeit solle Freiherr v. Mirbach der Vermittler zwischen der Berliner Börse und dem kaiserlichen Hofe sein. Die Gattinnen der Geldjuden hätten unter der Oberleitung des Herrn Oberhofmeisters ein sogenanntes Missionstränzen gebildet, Frau v. Mirbach sei bemüht gewesen, für dieses die Kaiserin persönlich heranzuziehen. Mehrere Hofdamen seien dem Kränzchen beigetreten, einige Ministerfrauen und die Gattin des jüdischen Chefs der Kolonialabtheilung seien dem Kränzchen beigetreten, und so sei binnen kurzem eine Art weiblicher Nebenregierung entstanden, für welche das Stichwort in den Bankpalästen der Behrenstraße ausgegeben worden sei. In diesem Kränzchen wisse man ganz genau, wie der Fall Kolye mit seinen namenlosen Verleumdungsbriefen entstanden sei. In diesen Kreisen seien viele leicht auch die 200 000 M. gesammelt worden, mit denen man dem Dr. Friedmann die Handschrift der Expresschrift „Die Revolution von Oben“ abgekauft haben solle. Der Artikel schließt mit einem fulminanten Angriff gegen Herrn v. Mirbach. Zu den Personalien stellt der Vorkührende fest, daß Schwennhagen außer wegen Verleumdung mit 1 Jahr Gefängnis auch wegen Betruges mit einer Geldstrafe und wegen Diebstahls mit 1 Tage Gefängnis vorbestraft worden ist. Er betont, daß die Betrugsstrafe in seiner Khoveseit erfolgt sei und politischen Hintergrund habe und daß es sich bei dem angeblichen Diebstahl um eine Verstämmelung des Börzen-Couriers handelte. Der Staatsanwalt behauptet, daß der Angeklagte „Schwennhagen“ heißt, dieser erwidert jedoch, daß schon sein Vater sich während der Zeit seines Lebens „Schwennhagen“ genannt habe. Sedlitz ist mehrfach wegen Verleumdung vorbestraft. Er behauptet, daß der von Schwennhagen verfasste Artikel seiner Zeitung zugegangen sei, als er sich rüstete, eine dreimonatige Zeitungshast in Weichselmünde anzutreten und deshalb schon einen besonderen verantwortlichen Redakteur bestellt hatte. Er könne sich nicht mehr erinnern, ob er den Artikel vor seinem Erscheinen durchgelesen habe. — Angeklagter Schwennhagen erklärt, daß die Anklage auf Grund des § 186 erhoben sei, er aber geglaubt habe, daß es sich nur um eine Wortverleumdung handelte und da eine Voruntersuchung ihm abgelehnt worden sei, er Beweisanträge stellen müsse. Nach seiner Ansicht enthalte der Artikel keine Verleumdungen gegen den Freiherrn von Mirbach. Eventuell beantrage er folgende Personen als Zeugen zu vernehmen: 1. den Stadtverordneten Borgmann, der bekunden werde, daß er vom Freiherrn v. Mirbach durchs Telephon aufgefordert worden sei, zu ihm zu kommen, um über die Unterföhrung der Kirchenbaupläne mit ihm Rücksprache zu nehmen; 2. den Stadtverordneten Singer, der, obwohl er Jude, auch zur Unterföhrung der Kirchenbau-Angelegenheiten ersucht worden sei; 3. den Stadtverordneten Vogtberger, der bekunden werde, daß die Zeugenansagen des Herrn v. Mirbach in dem „Vorwärts“, Prozesse unwirksam gewesen seien; 4. den Rechtsanwält Cassel, der, obgleich er Jude, auch in Kirchenbau-Angelegenheiten um seine Unterföhrung angegangen sei; 5. den Geheimen Kommerzienrath Goldberg, der, obgleich er Jude, die fehlenden Mittel zur Vollendung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche aus eigenen Mitteln vorgestreckt habe; 6. den Bankpräsidenten a. D. v. Dechend, der bekunden werde, daß er den Auftrag zur Einberufung der Reichsbank-Verammlung aus dem Oberhofmeisteramt der Kaiserin erhalten habe; 7. die Redakteure Dr. Dertel und Oberwinder, welche bezeugen sollen, daß in konservativen Kreisen große Entrüstung über Herrn v. Mirbach's Unterföhrungsgehe bei Juden herrsche; 8. Frau v. Kozelska geb. Bloch, und Frau v. Mendelssohn geb. Warschauer, welche bezeugen sollen, daß sie an Besprechungen eines Damentränzens über die Forderung von Kirchenbauten theilgenommen haben, an welchen auch Freiherr v. Mirbach theilhaftig war. — Angeklagter Schwennhagen erklärt, daß er auf alle diese Anträge verzichten würde, wenn die Anklage auf § 185 beschränkt werden würde. — Oberstaatsanwalt Drescher beantragt in längerer Ausführung die Ablehnung der sämtlichen Beweisanträge.

Oberstaatsanwalt Drescher: Das Verfahren des Angeklagten Schwennhagen zeige, was sich ein Gerichtshof alles bieten lassen müsse von einem Angeklagten, dem es offenbar nur darauf ankomme, die Sache zu verschleppen. Die Anklage sei dem Angeklagten schon vor Wochen und Monaten zugestellt worden; bis zu dieser Minute habe er geschwiegen und komme nun plötzlich mit diesen Anträgen, welche ihm vielleicht nicht alle würden abgeschritten werden können. Aber voraussichtlich dürfte der größte Theil der Beweisanträge sich durch die Vernehmung des Freiherrn v. Mirbach erledigen lassen. In betreff der Thatsache, für deren Wahrheit der Stadtverordnete Borgmann vernommen werden solle, sei es ja bekannt, daß derselbe es abgelehnt habe, die Stadtverordneten-Verammlung für einen Zuschuß zum Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu erwärmen. Daß der Stadtverordnete Singer in gleicher Weise vom Freiherrn v. Mirbach angegangen sei, sei einfach unvahr. Herr Singer sei nur gebeten worden, bei der Debatte in der Stadtverordneten-Verammlung das Andenken an den Kaiser Wilhelm I. zu schonen, und dies sei auch geschehen. Ob auch der Stadtverordnete Cassel von Herrn v. Mirbach angegangen worden sei, würde sich durch die Vernehmung des Herrn v. Mirbach erledigen lassen. Wenn die sozialistische Presse aus dem Umstand, daß Freiherr v. Mirbach in dem früheren Prozesse sich in betreff eines Zeitpunktes im Zweifel befand, gegen denselben den Vorwurf des fahrlässigen Meineides gemacht hätte und der Angeklagte sich hierüber auf das Zeugnis des Stadtverordneten Vogtberger berufe, so sei dies gegenstandslos. Kommerzienrath Goldberg brauche ebenfalls nicht vernommen zu werden, denn es könne zugegeben werden, daß derselbe aus seinem Bankinstitut eine gewisse Summe zum Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche vorgestreckt habe. Aber wem könne

hieraus ein Vorwurf gemacht werden? Der Lokalverein, dem der Bankpräsident v. Dechend vorstand, hatte nur die Aufgabe, im Interesse der Armen- und Krankenpflege zu wirken, mit dem Kirchenbau hatte er nichts zu thun. Bei der Gründung dieses Vereins seien fast nur christliche Bankhäuser herangezogen worden. Die genannten jüdischen Damen ständen ebenfalls in gar keiner Beziehung zum Kirchenbau, sie verfolgten ebenfalls nur den Zweck, Werke der Menschenliebe zu thun und Armen und Kranken ohne Unterschied der Konfession gutes zu erweisen. Zum Schluß betont der Oberstaatsanwalt, daß er es dennoch vorziehen würde, einigen Anträgen des Angeklagten Schwennhagen stattzugeben, denn, um sich profaisch auszudrücken, auf den Heim, einen Theil der Anklage fallen zu lassen, gebe er nicht.

Als Zeuge aufgerufen, erklärt Freiherr v. Mirbach folgendes: Wir haben es hier mit einem Zeitungsartikel zu thun, welcher zu denjenigen Schmähungen gehört, deren sich ein Theil der sogenannten christlich-sozialen und antisemitischen Blätter seit einer Reihe von Jahren gegen Thron, Regierung, Kirchenbehörden und hochstehende Beamte schuldig macht. Die Quelle, aus welcher hier geschöpft ist, ist Unwahrheit und Freysucht. Sie rechnen darauf, daß gegen sie nicht eingeschritten wird, weil sich naturgemäß jeder anhängende Mensch, namentlich wenn er in einer höheren Stellung ist, vor öffentlichen Prozessen scheut. Auch ich würde meinetwegen allein eine Klage nicht angestrengt haben. Aber das Maß der Dreistigkeit, mit welcher man jetzt sogar schon ihre Majestät die Kaiserin, die Hofdamen, den ganzen Hof zu verdächtigen und mit welcher man das hehre Kirchenbauwerk, welches durch den Schutz des Kaisers und der Kaiserin und durch die Mitarbeit tausender von treuen Evangelischen so großes geleistet hat, in den Staub zu ziehen sucht, ist zu groß, als daß man nicht einmal das Schweigen brechen und der Frivolität öffentlich die Maste vom Gesicht reißen müßte, zumal noch immer viele anständige Leute sich durch solche Zeitungsberichte irre machen lassen. Jeder einzelne Satz des Artikels des „Generalanzeigers“ enthält eine Unwahrheit oder eine hochstehende Entstellung. Schon die gegen mich gerichtete Ueberschrift „Der Jubelgeldsammler für die Berliner Kirchenbauten“ ist gewählt, um mich herabzusetzen und zu verdächtigen und um Judenhege zu treiben. Noch verwerflicher ist die Erfindung, daß die Juden seinerzeit einen Ausschuß eingeseht hätten, um Geld für Kirchenbauten zu geben, sich damit bei den Majestäten beliebt zu machen und dadurch die Entfernung Stöcker zu erreichen. Als plumpster Vorwand für diese Erfindung wird eine Verammlung bei dem verstorbenen Präsidenten der Reichsbank v. Dechend im Oktober 1888 genommen, in welcher, wie der Artikelschreiber weiter erfindet, der Geldgrundstock für die Kirchenbauten von den Bankjuden gezeichnet worden sei. Mit der Verammlung verhielt es sich so: Herr v. Dechend war Schatzmeister des Berliner Lokalvereins, eines Zweigvereins des „Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins“. Der Berliner Lokalverein hat mit Kirchenbauten nicht das geringste zu thun. Seine Hauptarbeit, deren segensreiches Wirken dem hochverdienten treuen Manne, dem Herrn von Dechend in erster Linie zu verdanken ist, besteht in der Gründung und Erhaltung von jezt 15 Diakonissen-Stationen, welche mit fast 100 Schwestern in Berlin und seinen Vororten unentgeltliche Armen- und Krankenpflege treiben und zwar an allen Armen und Verlassenen ohne Unterschied der Konfession. Die Erhaltung dieser Stationen erfordert jährlich 100 000 M. Für dieses herrliche Werk und ähnliche Arbeiten rein humanitärer Art interessierte Herr v. Dechend die Chefs der großen Berliner Bankhäuser und lud dieselben zu einer Versammlung am 3. Oktober 1888 zu sich. Unter den Eingeladenen befand sich ein einziger jüdischer Chef eines Bankhauses, der Herr v. Bleichröder, der aber am Erscheinen verhindert war. Die Erschienenen waren sämtlich Christen. Es wurden gegen 200 000 M. gezeichnet, von denen 100 000 M. zur Armen- und Krankenpflege für alle Konfessionen, ca. 80 000 M. für die Magdalenenasche, ca. 80 000 M. für unentgeltliche Krankenpflege in den Gemeinden, ca. 20 000 M. für entlassene Strafgefangene und ca. 10 000 M. für Erziehung armer Kinder im Johannis-Stift verwendet wurden. Also Geld von Christen, gezeichnet für humanitäre Zwecke und nicht zu Kirchenbauten! Ich selbst hatte von jener Verammlung nicht einmal etwas gewußt und befand mich gerade auf einer Dienstreise.

Meine Sammlungen für Kirchenbauten begannen erst im Jahre 1889. Wenn der Berichterstatter sagt, daß die Geldjuden das Geld hergegeben hätten, so ist es wichtig, hier die Wahrheit zu konstatieren. Ich sammelte damals in einigen Monaten über 1 1/2 Mill. Mark. An diesen Gaben waren betheiligte: das Königshaus mit über 900 000, wohlhabende evangelische Kirchengemeinden Berlins mit über 300 000, einige 80 mit befreundete Geldleute mit 120 000 und einige 40 mit befreundete bürgerliche Evangelische, meist Berliner, mit 200 000 M. Diese sämtlichen 70 Geber sind sämtlich evang. und gehören zum größten Theile dem ev.-luth. Hilfsverein an. Seiner Freiheit aber steht der Berichterstatter die Krone auf durch die Behauptung, daß in jüdischen Missionstränzchen die Entstehung der berüchtigten anonymen Verleumdungsbriefe zu suchen sei, ja, er wagt es auszusprechen, daß dort auch wohl Gelder zur Unterdrückung der Schriften des Rechtsanwalts Friedmann gesammelt worden seien. Mit größerer Frivolität gehen selbst die bösarzigsten Anarchistenblätter nicht vor und dies kennzeichnet zur genüge den Berichterstatter und seine Presse. Nirgends mehr als bei der Fabel von dem jüdischen Missionstränzchen tritt seine Heuchelei so deutlich hervor, wenn man mit seinen Erzählungen die Wahrheit vergleicht. Zur Erhaltung der Diakonissen-Stationen zur unentgeltlichen Armenpflege hatte sich nämlich unter dem Protektorate Ihrer Majestät der Kaiserin die Berliner Frauen-Pflege gebildet, aus evangelischen Frauen und Jungfrauen aller Kreise und Stände. Der Berichterstatter stellt mich als die Seele des von ihm geschilderten Treibens hin. Er greift auf die kärglichen Verleumdungen bei den Geldsammlungen für die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zurück. Die Grundlosigkeit dieser Verleumdungen sind längst festgestellt worden, aber es wurde auch noch das Unverstandene, mich eines fahrlässigen Meineides zu bezichtigen. Was meine ausgedehnten Be-

*) Die Entrüstung des Freiherrn v. Mirbach über die angebliche Verächtlichmachung wegen fahrlässigen Meineides, sowie die Erklärung des Herrn Staatsanwalts Drescher, daß der „Vorwärts“ nur wegen der geschickten Fassung des in Frage gebrachten Artikels einer Anklage eingegangen sei, lassen den Verdacht aufkommen, daß unser Blatt sich hier ein Meisterstück der Bosheit geleistet habe, das mit der geraden und offenen Kampfesweise, die Herr Drescher und Sozialdemokraten später in seiner Anklagerede nachrühmt, in befremdlichem Kontrast steht. Um zu zeigen, daß die Herren v. Mirbach und Drescher im Eifer des Gefechtes in dieser Beziehung nichts als Lustbisse ausgegetheilt haben, drucken wir die ausgezogene Notiz, die sich in Nr. 255 des „Vorwärts“ vom 31. Oktober 1895 befindet, hier nochmals ab.

Nachdem wir in dieser Nummer dargelegt hatten, daß Freiherr v. Mirbach sich in der am Tage vorher im Nameel-Anschiffs-Projekt abgegebenen Aussage der mit Singer über die Kirchenangelegenheiten gepflogenen Unterredung nur ungenau zu erinnern vermocht hatte, und nachdem wir ferner darauf hingewiesen hatten, daß wesentliche Theile dieser Unterredung dem Gedächtnis des Freiherrn ungeschwunden waren, kamen wir auf den Fall, der in dem hier in betracht kommenden Theil der gestrigen Gerichtsverhandlung den Kernpunkt bildet, und schrieben wörtlich:

„Aber auch über die Zeit der Unterredung mit Singer befindet sich Herr von Mirbach in einem starken Irrthum. Nicht Ende 1892 oder Anfang 1893, wie Herr von Mirbach beschworen hat, fand die Unterredung statt, sondern im letzten Drittel des Monats Januar 1894. Der Bericht über die Unter-

ziehungen zu jüdischen Damen betrifft, so möchte ich nur sagen, daß ich kaum eine Jüdin kenne, da sich meine Thätigkeit, außer meinem Dienst bei Hofe, fast ausschließlich auf kirchliche Vereine erstreckt. Aber ich weiß von vielen humanitären Vereinen, wo sich jüdische Damen große Verdienste und Anerkennung erworben und ich spreche es hier aus, daß ich dieses gebührende, prinzipielle Verdächtnis und Beschimpfen ohne Unterschied von alle dem, was von jüdischer Seite kommt, weit von mir zurückweise und für unchristlich erkläre. Wenn die Juden früher nichts gaben, wurden sie verächtlich, jetzt werden sie verdächtigt, wenn sie geben. Wenn er behauptet, daß sich meine Standesgenossen von mir zurückzögen, womit er abermals eine Verdächtigung und Verleumdung bezweckt, so ist auch hiervon das gerade Gegentheil wahr. Er schließt sein Pamphlet mit seltener Schrit und sagt, daß den Konservativen die Einsicht zu spät käme und sie sich schon vor fünf Jahren von allem jüdischen Kirchenbauwindel voll Verachtung hätten zurückziehen müssen. Trotz der ausführlichen, in den meisten Blättern bekannt gegebenen Jahresberichte über Kirchenbauten, auf denen erhebt, daß die vielen Millionen für einige 30 Kirchen nur von Evangelischen herrühren und daß nur bei der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, wie es immer bei einem solchen National-Denkmal geschieht, sich einige patriotische Israeliten mit insgesamt minimalen Beiträgen betheilig haben, trotzdem bleibt der Berichtserstatter dabei, daß die ihm verhassten Geldjuden die Kirche erbaut haben. Daß bei den in den letzten sechs Jahren für Kirchenbauten in und um Berlin verwendeten 22 Millionen Mark das Königshaus mit weit über vier Millionen, die reichen evangelischen Gemeinden mit fast 5 Millionen, der Magistrat von Berlin mit über drei Millionen, die Stadtynode, Oberkirchenrath und Konsistorium mit über zwei Millionen, andere Gemeinden mit über eine Million und evangelische Bürger mit über sieben Millionen betheilig sind und daß durch das treue Zusammenwirken des Königshauses, der kirchlichen Behörden, der städtischen und kirchlichen Körperschaften und tausenden Evangelischen aus allen Ständen, Kreisen und Parteien, die Reichshauptstadt aus ihrer ererbten Kirchennot gerettet worden ist und daß dies in Berlin allein durch die Verschämtheit und das gegenfeitige herzliche Vertrauen erreicht worden ist, womit die sich jahrelang in kirchlichen und politischen Kämpfen getrennten Evangelischen freudig zu gemeinsamer Arbeit die Hand reichen, das alle nennt der Berichtserstatter — jüdischen Kirchenbauwindel. Der „General-Anzeiger“ trägt als Aushängeschild die Burg Hohenzollern, darunter steht als Motto: Vaterland, Monarchie, Christenthum. Sein Vaterland ist wüste Demagogie, Monarchie, Thron und Herrscherhaus bewirkt er mit Koth, sein Christenthum ist ein Dedmantel, hinter dem sich die schändlichste Verleumdungssucht und fanatische Heuchel gegen Mitmenschen birgt. — Der Zeuge wird über die einzelnen Beweisanträge befragt. Was den Stadtverordneten Borgmann betrifft, so erklärt Zeuge, daß diese alle Sachen seien, die schon wiederholt zur Sprache gekommen. Der Kirchenbau-Verein hatte ein Komitee, das sich speziel mit der Einrichtung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche beschäftigte, beauftragt, Mittel zu sammeln. Das Komitee beschloß, sich an den Magistrat und die Stadtverordneten-Verammlung zu wenden; der Magistrat habe eine freundliche Zusage gegeben und es blieb nur noch übrig, die Stadtverordneten-Verammlung für die Sache zu interessieren. Er (Zeuge) sei beauftragt worden, mit der Stadtverordneten-Verammlung zu verhandeln. Es kam zur Sprache, wie man sich der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber zu verhalten habe, und es wurde gesagt, so peinlich ein Verhandeln mit dieser Fraktion sein würde, so sei es doch die Pflicht der Wahrheit und des Rechts, daß, wenn man mit allen Fraktionen verhandelte, man auch mit der sozialdemokratischen Fraktion verhandeln müsse. So habe er denn mit den Fraktionen und auch mit der sozialdemokratischen unterhandelt. Man habe ihm von befreundeter Seite ein Verzeichnis von Stadtverordneten gegeben, welche hierbei vorwiegend in Frage kommen könnten. Es sei sehr möglich, daß er den Stadtverordneten-Vorgmann telephonisch aufgefordert habe, mit ihm zusammen zu kommen und daß Vorgmann dies abgelehnt habe. — Angekl. Schwennhagen verzichtet hiernach auf die Ladung des Stadtverordneten Vorgmann. — Der Angekl. Sedlitz verweigert sich gegen die beschimpfenden Ausdrücke, die der Zeuge gegen ihn und seine Zeitung benutzt habe und bittet, ihn dagegen zu schützen. Der Vorkührende meint, daß es ein alter Satz sei: wie man in den Wald schreit, so schalle es wieder heraus. Der Angeklagte erwidert, daß in dem Artikel doch Ausdrücke wie „Freiheit“ und dergleichen nicht vorkommen. — Zu den übrigen Beweisanträgen erklärt Freiherr v. Mirbach: Was seine Bezeugung mit Herrn Singer betrifft, so sei er natürlich nicht so naiv gewesen zu glauben, daß Herr Singer Kirchenbauten seinerseits unterstehen würde. Es sei nur seine Aufgabe gewesen, ihn zu bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß, wenn die Sache in der Verammlung zur Sprache gebracht werden sollte, das Andenken des alten Kaisers nicht angetastet, sondern die Sache an bloc erledigt werden möge. Er habe mit Herrn Singer in diesem Sinne gesprochen, bei dem Gespräch auch Arbeiterverhältnisse in Berlin berührt. Der Angeklagte Schwennhagen behauptet, daß der Zeuge nicht bestreiten könne, daß sein Verhandeln mit Singer und sein Gespräch mit diesem über Arbeiterverhältnisse dahin habe führen müssen, daß sich über ihn abfällige Ansichten in der Öffentlichkeit festgesetzt haben. — Zeuge Herr v. Mirbach: Der Fall Singer habe mit diesem Artikel überhaupt gar nichts zu thun, er werde aber von einer gewissen Presse immer wieder dazu benutzt, um andere dreiste Angriffe gegen ihn zu schleudern. Ihm sei es nun zunächst nicht im Traum eingefallen, Herrn Singer etwa sein eigenes politisches oder Arbeiter-Programm zu entwickeln. Als Herr Singer zu mir sagte, daß seine Partei naturgemäß solche Dinge, wie Kirchenbauten, nicht unterstützen könne, habe er ihm seiner Erinnerung nach gesagt: er möge nicht vergessen, daß in einer Zeit, in welcher die Bauthätigkeit brach liegt, die Kirchenbauten doch vielen Bauarbeitern Arbeit geben würde. — Angekl. Schwennhagen verzichtet auf die Ladung des Herrn Singer. — Was das angesehene Zeugnis des Stadtverordneten Vogtberger betrifft, so verzichtet der Angeklagte auch auf diesen Zeugen. — Oberstaatsanwalt Drescher bemerkt hierzu: Der Zeuge habe,

haltung wurde in der Nummer 21 unseres Blattes vom 26. Januar 1894 in der ersten Beilage auf der dritten Seite zweite Spalte veröffentlicht. Wir ziehen aus diesem Vorgang die Lehre, daß jedem Menschen Ungenauigkeiten bei eidlichen Aussagen unterlaufen können. Für die zur Rechtsprechung berufenen Richter ergibt sich auch aus diesem Falle die Mahnung, vorsichtig zu prüfen, ehe sie schwere Strafen wegen thätlich falscher Aussagen verhängen. Unsere Parteigenossen müssen vielfach — wir erinnern nur an den Fall Schröder und Genossen — irrthümliche Aussagen mit Zuchthaus büßen.“

Jedermann, der lesen und denken kann, wird aus dieser Klarstellung entnehmen, daß die Geschicklichkeit, mit der die hier abgedruckten Zeilen geschrieben waren, eine sehr nebenfällige Rolle spielte, sondern daß vielmehr dem Artikel einfach nicht beizukommen war, weil er die Wahrheit enthielt, und zwar die Wahrheit in sachlicher Form ausgedrückt, aus der selbst die finstigste Interpretationskunst nichts von einer Verdächtigung des fahrlässigen Meineides wird herauslesen können. Wie immer, so kämpfen wir auch hier mit ehrlichen Waffen, und die Thatsache des Staatsanwalts bewies, daß gegen diese selbst das deutsche Strafgesetz nicht aufkommen konnte.

als der „versteckte“ Vorwurf des fahrlässigen Reineides erhoben wurde, mit ihm dienstlich Rücksprache darüber genommen, ob er gegen den „Vorwärts“ wegen dieses Vorwurfs vorgehen könne. Er habe davon abgesehen, weil der Vorwurf in so geschickter Form gemacht worden sei, daß sich der Verfasser den bequemen Rückzug offen ließ.“ — Bezüglich des Stadtverordneten Cassel giebt Zeuge v. Mirbach zu, daß er mit diesem ebenso wie mit anderen Stadtverordneten — darunter auch jüdischen — Rücksprache genommen habe. Rechtsanwalt Cassel sei ihm von dritter Seite als ein treuer, einsichtiger, braver Mann geschildert worden und er habe sich für durchaus zweckmäßig gehalten, mit einem solchen Rücksprache zu nehmen, noch bevor sich die Versammlung selbst mit der Angelegenheit beschäftigte. Auf die Vorladung des Rechtsanwalts Cassel wird hiernach auch verzichtet. — Bezüglich des Geh. Kommerzienraths Goldberger und den diesen betreffenden Bescheidtrag bemerkt Zeuge v. Mirbach: „Jugend ein infamer Artikel hatte behauptet, Herr Goldberger, den man im Volksmunde Geldborger nenne, wie jener Artikel hinzusetzte, habe das Grundkapital zum Bau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche hergegeben. Darauf habe ihm Herr Goldberger einen Brief geschrieben und darin gesagt, daß er empört sei, zu lesen, wie in Berlin gelogen werden könne. Um dieser seiner Empörung Ausdruck zu geben, habe er einen Betrag von 1000 M. an den Baufonds der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche gesandt. Herr Goldberger habe zu keiner Zeit Mittel für die Kirche vorgelegt.“ — Angekl. Schwennhagen betont hierbei, daß der Artikel, den der Zeuge „infam“ genannt, im Berliner „Börsen-Courier“ gestanden habe und vom Zeugen nicht berichtigt worden sei.“ Der Zeuge erwidert, daß er sich auf Berichtigungen gewöhnlich nicht einlasse. — Auch auf die Vernehmung des Herrn v. Dechend verzichtet der Angeklagte, nachdem Herr v. Mirbach die behaupteten Thatsachen als durchaus falsch und unzutreffend hingestellt hatte. — Schwennhagen: Auffallend sei doch, daß der Zeuge von ihm so fernstehenden Blättern wie dem „Kleinen Journal“ und der „Volks-Zeitung“ vertheidigt worden sei und daß das „Kleine Journal“ ausführlich über einen vom Zeugen in Potsdam gehaltenen Vortrag zu berichten im Stande war. — Zeuge v. Mirbach: Die Einwände des Angeklagten beweisen nur wieder, in welcher Weise gegen ihn, den Hof und alle Werke der Kaiserin verfahren werde. Das Gegenüber von der Behauptung, daß nur linksstehende Blätter ihm beigeprungen, sei wahr. Die „Kreuz-Zeitung“, der „Reichsbote“ haben wiederholt auf das unpassende Vorgehen der christlich-sozialen Blätter aufmerksam gemacht. Die „Kreuz-Zeitung“ hatte dies in letzter Zeit nicht mehr gethan, weil er aus vielen guten Gründen Herrn v. Hammerstein habe entgegenzutreten müssen. Das den Potsdamer Vortrag betreffe, so habe er dort über Gemeindeführer gesprochen, nicht aber, wie fälschlich behauptet worden, gegen die christlich-soziale Partei. Wenn freisinnige oder jüdische Blätter ihm gegenüber mehr auf Anstand, Recht und Wahrheit geachtet haben, als jene Presse, so könne ihm doch daraus kein Vorwurf gemacht werden. Viele christliche Blätter haben die gegen ihn geschleuderten Verdächtigungen auch mit Abscheu zurückgewiesen. Hofprediger Stöcker habe ihm wiederholt erklärt, daß er den schamlosen Angriffen völlig fern stehe und sie sehr bedauere, dieselbe Haltung haben ihm sämtliche kirchlichen Würdenträger bewahrt. — Rechtsanwalt Ulrich besteht auf der Vernehmung der Medaillenteur Dertel u. Oberwinder darüber, daß sich viele adlige Stammesgenossen von dem Zeugen zurückgezogen haben. Der Oberstaatsanwalt beantragt, diesen Antrag als unerheblich abzulehnen. — Was schließlich die Frau v. Koczielska und Frau v. Mendelssohn betrifft, so erklärt Herr v. Mirbach, daß er Frau v. Koczielska kaum kenne, daß der Gatte der Frau v. Mendelssohn eines der treuesten Mitglieder des Vorstandes des Kirchenbauvereins und daß alles unwahr sei, was über deren Thätigkeit gesagt sei. Der Angeklagte richtet noch eine ganze Reihe von Fragen an den Zeugen, wie: ob nicht Frau v. Koczielska in dem Verein „Widwenhilfe“ mitwirkte und ob nicht zu dem Vorstand des Vereins „Frauenhilfe“ Damen gehören, deren Gatten der heute inano angehöre. Zeuge v. Mirbach erwidert: Er wisse nicht, was dem Angeklagten das Recht gebe, ihn gewissermaßen in Verhör zu nehmen und von ihm ein Rationales über alle möglichen Bankiers und Gattinnen derselben zu verlangen. — Nach kurzer Beratung lehnt der Gerichtshof den Antrag auf Vernehmung der Herren Dertel und Oberwinder ab, weil er das in ihr Zeugnis Gestellte als wahr unterstellt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme ergreift Oberstaatsanwalt Drescher das Wort zu längeren Ausführungen, an deren Schluß er meint: Wenn ein Mann, der die besten Kräfte seines Lebens eingesetzt habe für einen hohen und erhabenen Zweck, solche verkehrten Angriffen erfahren muß, so lasse sich kaum etwas Schwereres denken. Erschwerend sei die Hineinziehung der allerhöchsten Person, welche mit den schönen Worten, „Vaterland, Religion, Monarchie“, die an dem Kopfe der Zeitung prangen, in greulichem Widerspruche stehe. Da seien denn doch offene und freie Angriffe eines Sozialdemokraten solchen versteckten, währförmigen Angriffen vorzuziehen. Wer anderen die Ehre zu stehlen suche, sei noch schlimmer, als wer Geld und Gut stiehlt. Er beantrage: Gegen Schwennhagen 1 Jahr Gefängnis und auf alle Fälle seine sofortige Verhaftung, da er nach seiner letzten Verurteilung erst nach vieler Mühe unter fremdem Namen in Wien verhaftet werden konnte. Gegen Sedlitzel beantrage er 4 Monate Gefängnis.

Der Angekl. Schwennhagen verwarft sich in einer längeren Vertheidigungsrede gegen die Vorwürfe des Staatsanwalts, namentlich gegen den Vorwurf, daß er gegen die allerhöchste Person und gegen die Monarchie gewirkt haben könne. Da der Angeklagte zur Illustration seiner Königstreue auch darauf hinweist, daß er Jahre lang Mitarbeiter bei der „Kreuz-Zg.“ gewesen, erinnert der Oberstaatsanwalt daran, daß der Angeklagte vorher Sozialdemokrat gewesen. Der Angeklagte behauptet dagegen, daß er nie im Dienste der sozialdemokratischen Partei gestanden habe, sondern früher nur einige Zeit lang freireligiöser Wandprediger gewesen sei. — Rechtsanwalt Ulrich plädiert aus rechtlichen und thatsächlichen Gründen für die Freisprechung des Angeklagten Sedlitzel. — Der Angeklagte Sedlitzel schließt sich den Ausführungen seines Vertheidigers an.

Der Gerichtshof berieth nur kurze Zeit. Bei der Veröffentlichung des Urtheils hob der Vorsitzende folgendes hervor: Es sei angenommen worden, daß der Angeklagte Sedlitzel den vom Mitangeklagten Schwennhagen ihm zugesandten Artikel unter Kenntniß und Billigung des Inhaltes in den „General-Anzeiger“ aufgenommen habe. Der Artikel, welcher als eine einseitige Handlung anzusehen sei, enthalte sowohl Verleumdungen im Sinne des § 185 wie § 186. Bei der Strafmaßbestimmung könne demzufolge nur der schwerere Paragraph in Betracht kommen. Aus den vom Oberstaatsanwalt angeführten Gründen und bei dem Hohn und der Herausforderung des Gerichts auf Erteilung eines höheren Strafmaßes sei der Angeklagte Schwennhagen zu einem Jahre, der Angeklagte Sedlitzel zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Dem Vertheidigter, Herrn v. Mirbach, sei die Publikationsbefugniß im „Staats-Anzeiger“ und im „General-Anzeiger“ zugesprochen worden. Bei dem früheren Verhalten des Angeklagten Schwennhagen sei derselbe sofort in Haft zu nehmen. Der letztere erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Kommunales.

Nach der Geschäftsübersicht der Stadtverordneten-Versammlung für das Jahr 1896 hat sich folgendes ergeben: I. Plenarsitzungen der Versammlung haben stattgefunden: a) öffentliche 35, b) nicht öffentliche 29; II. Ausschusssitzungen fanden 148 statt. Außer den Ausschüssen ad hoc sind 4 gemischte Deputationen eingesetzt worden. III. Die Mittheilungen traten zusammen, und zwar: Die I., III., IV. und V. Abtheilung 27mal, die II. Abtheilung 28mal. IV. Es sind eingegangen: A) Vorlagen des Magistrats und zwar: a) zur Beschlussfassung 333, b) zur Kenntnisaufnahme 82, c) Rechnungssachen (inkl. 81 Notenbeantwortungen) 239, d) Wahlsachen 3257 (gegen 3184 im Vorjahre und 3203 im Jahre 1894), e) Anstellungssachen betreffend: verschiedene Gemeindebeamte 135, Lehrer 120, Lehrerinnen 77, zusammen 332 Anstellungssachen, f) Pensionierungssachen 93, g) Unterstützungssachen 99, h) Proteste gegen die Gültigkeit von Stadtverordneten-Wählerlisten keine, i) Naturalisationsgesuche 65. B) Selbständige Anträge von Mitgliedern der Versammlung 22. C) Anfragen von Mitgliedern der Versammlung 3. D) Petitionen 163. Berathungsgegenstände im ganzen 4688. Außerdem: Eingaben, welche durch Auslegung erledigt sind 90.

Im Laufe des Jahres 1896 sind bei den städtischen Behörden folgende Personalveränderungen vorgekommen: Eingetretene sind: A) Bei dem Magistratskollegium: 1. Stadtrath Kaempf und 2. Stadtrath Wagner eingeführt am 9. Januar, 3. Stadtbaurath Hoffmann, eingeführt am 1. Oktober, 4. Stadtrath Selberg, eingeführt am 17. Dezember; ausgeschiedene sind: 1. Stadtrath de Neve am 21. März (gestorben), 2. Stadtbaurath Blankenstein am 6. Juni (Ablauf der Wahlperiode). Eingetretene sind: B) Bei der Stadtverordneten-Versammlung: 1. Dupont, 2. Esolt, 3. Friedländer, 4. Emil Gebricke II, 5. Dr. Ginzberg, 6. Goldschmidt, 7. Jacobson, 8. Mundel, 9. Perls, 10. Dr. Stray, 11. Tichy, 12. Zylke am 2. Januar, 13. Ed am 12. März, 14. Schoepfe am 21. Mai, 15. Dr. Gerstenberg am 4. Juni, 16. Kemp am 3. September, 17. Quendnow am 3. September, 18. Dr. Paul am 5. November, 19. Ulrich am 5. November; ausgeschiedene sind: 1. Wagner am 9. Januar (Eintritt in das Magistrats-Kollegium), 2. Dütt am 14. März (gestorben), 3. Tichy am 27. März (Tod), 4. Nauke am 1. Mai (Amtsniederlegung), 5. Dr. Gerstenberg am 21. Mai (Amtsniederlegung), 6. Loewel am 28. Juni (gestorben), 7. Heilborn am 27. August (Amtsniederlegung).

Auf Vorschlag des Kuratoriums der städtischen Sparkasse sind durch die Gemeindebehörden zur Verwaltung von städtischen Sparkassen-Akkontenstellen gewählt: 1. Kolonialwaaren-Händler Eulwih, Pankstr. 36, 2. Apotheker Oskar Heitberg, Raristr. 17, 3. Kaufmann Richard Labowski, Corneliusstr. 1, 4. Kolonialwaaren-Händler Gustav Dräger, Charlottenstr. 71, 5. Kolonialwaaren-Händler Franz Schulz, Landsbergerstr. 38, 6. Kolonialwaaren-Händler J. Rieger, Wächterstr. 1/2, 7. Kolonialwaaren-Händler Karl Dittmann, Frankfurter Allee 108, 8. Kolonialwaaren-Händler C. A. Hirte, Luisenstr. 50, 9. Kolonialwaarenhändler R. Berlin und E. Kettner, Landsberger Allee 39, 10. Droghenhändler M. Dessauer, Reithstr. 17, 11. Droghenhändler A. Böhmisch, Bülowstr. 80, 12. Kaufmann Alexander Bander, Große Frankfurterstr. 102, 13. Zigarrenfabrikant Paul Beckhau, Große Frankfurterstr. 74, 14. Kolonialwaaren-Händler Carl Werner, Ritterstr. 73, 15. Zigarrenhändler Carl Krebs, Draisstr. 159, 16. Kolonialwaaren-Händler Wilhelm Hinkel, Schönleinstr. 13.

Der wegen Umgestaltung des städtischen Terrains am Spittelmarkt von der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzte Ausschuss hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, 1. den Antrag des Magistrats, betreffend den Austausch von Flächen des Spreeschleusen-Kanals und des städtischen Grundstücks am Spittelmarkt 7 nach Maßgabe des mit dem Fiskus geschlossenen Vertrages zu genehmigen und sich mit der Feststellung von Fluchtlinien für einen Fußgänger-Weg von 5,75 Meter Breite längs des Schleusen-Kanals von der Wallstraße bis zur Gertrauden-Brücke einverstanden zu erklären; 2. den Magistrat zu ermächtigen, die auf dem vorgelegten Lageplane bezeichneten Grundstücke bezw. Grundstücksstücke Spittelmarkt 4, 5, 6 und 7, von etwa 1893 Quadratmeter Größe, unter der Bedingung, daß die Fluchtlinie der Uferstraße, so wie von den Gemeindebehörden beschlossen, zur Feststellung gelangt und der Flächenaustausch mit dem Fiskus in den höheren Instanzen annehmlich wird, zum Mindestpreise von 960 Mark für den Quadratmeter unter den in der Magistratsvorlage vom 30. November 1896 aufgeführten Bedingungen freihändig zu verkaufen. Ferner empfiehlt der Ausschuss ebenfalls einstimmig den Magistratsantrag, das Ravens'sche Grundstück, Wallstraße 98, für welches die Summe von 210000 M. gefordert wird, im Wege der Enteignung zu erwerben. Sodann empfiehlt der Ausschuss der Versammlung folgenden Antrag zur Annahme: Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, durch welche die Wallstraße vom Spittelmarkt bis zur Neuen Grünstraße nach Maßgabe der festgesetzten Fluchtlinie durchgeführt wird.

Von dem Verzeichniß der städtischen Lesehalle, Mohrenstraße 41, hat die Verwaltung soeben eine zweite erweiterte Auflage erscheinen lassen, nachdem die erste starke Auflage vergriffen war. Nach Maßgabe der verfügbaren Mittel sind fast in jeder Abtheilung der Bibliothek von Nachschlagewerken einige neue Werke angeschafft worden unter Berücksichtigung der Wünsche des Publikums. Auch sieben neue Zeitschriften liegen aus.

Wohnungsstatistik. Auf Antrag des Vorsitzenden des Hausbesitzervereins „Süden“, Hermann Schulz, hatte der Bund der Berliner Grundbesitzervereine am 2. November v. J. eine Petition an den hiesigen Magistrat und an das Statistische Amt der Stadt Berlin gerichtet, alljährlich die Zahl und den Miethwerth der leerstehenden Wohnungen in Berlin zu veröffentlichen. Diesem Gesuche wird, wie die „Voll. Zg.“ vernimmt, von dem städtischen statistischen Amte in Verbindung mit der betreffenden städtischen Steuerabtheilung fortan Folge gegeben werden. Im Jahre 1896 hat sich trotz größerer Bauhätigkeit — sie betrug im Berliner Weichbilde 342 gegen 267 im Jahre 1895 — die Zahl der leerstehenden Wohnungen um circa 7000 vermindert.

Lokales.

Zur Beachtung! Die Vorstände derjenigen geselligen Vereine, welche im Vereinskalender unseres Blattes unter der Rubrik: „Gesang-, Turn- und gesellige Vereine“ ständige Aufnahme gefunden haben, werden hiermit ersucht, den Tag sowie das Lokal ihrer regelmäßigen Sitzungen umgehend bei uns zu erneuern. Hiervon werden nicht betroffen die Besessenen- und Diskutierklubs, sowie die Vereine, welche unter Arbeiter-Sängerbund, Bund der geselligen Arbeitervereine, Arbeiter-Rauherbund und Arbeiter-Turnerbund aufgeführt sind.

Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein! Die Arbeiter-Bildungsschule eröffnet am 15. Januar in ihrem in der Brunnenstr. 25 gelegenen Schullokal eine öffentliche, unentgeltlich zu benutzende Veschalle. Sämtliche proletarische Tages- und Gewerkschaftsblätter, sowie die wichtigsten bürgerlichen Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Revuen, insgesamt bis jetzt circa 220 Zeitungen, werden in der Veschalle ausliegen. Leider genügt aber die jetzige Bibliothek der Schule den neuen Ansprüchen einer Veschalle noch nicht. Wir wenden uns daher an diejenigen unter unseren Freunden, die den hohen Werth einer — trotz hoher Einrichtung- und Verwaltungskosten — unentgeltlichen Arbeiter-Veschalle anerkennen, mit der ebenso freundlich wie dringenden Bitte, uns durch Zu-

weisung von Büchern, die wir gern aus der Wohnung abholen lassen, oder von Geldmitteln in unserem gemeinschaftlichen Bestreben unterstützen zu wollen. Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule. J. A. Heinrich Schulz, SO. Kaiser-Franz-Grenadierplatz 7.

Das Epichelthum hat im gefegneten Reichthum Preußen zu allen Zeiten in Blüthe gestanden. Man weiß eigentlich nicht, wann es am üppigsten entwickelt war, einen seiner Höhepunkte erreichte es jedenfalls unter Friedrich Wilhelm I., dem berühmtesten Soldatenkönig, welcher bekanntlich das Durchprügeln seiner lieben Berliner immer höchst eigenhändig besorgte. Der immer strahlende König hatte eine eigene Behörde eingesetzt, um Verbrechen aufzuspüren und zur Anzeige zu bringen, das Fiskalat. Die Fiskale sollten ursprünglich nur die Steuerbeamten und Domänenverwalter beaufsichtigen, bildeten sich aber bald zu richtigen Lockspiegeln aus, keiner war vor ihnen sicher. Sie denunzirten, wo es irgend anging, und selbst wenn nichts zu denunziren war. Nur wer drav zahlte, war vor ihren Angebereien sicher. Natürlich gab sich, gerade wie heut noch, nur das verkommenste Gesindel zu dem „Ehrenposten“ des Polizeipostens her. Der ehrliche Geheim Rath Dürram, welcher das Epichelthum noch in einigermaßen anständigen Bahnen halten sollte, mußte seinen Posten wegen „Unfähigkeit und Unthätigkeit“ niederlegen, sein Nachfolger wurde ein Pimp erster Klasse, ein gemeiner Reiter vom Pappstein'schen Dragoner-Regiment namens Wagner. Ursprünglich Schullektor im Braunschweigischen, hatte er sein Amt schlechter Streiche halber verlassen müssen und war des Landes verwiesen. In Petersburg wußte er sich beim Fürsten Menziloff einzuschmeicheln, mußte nach dessen Sturz aber auch seines lächerlichen Lebens halber flüchten und ließ sich nun von preussischen Werbern anwerben. Seine gemeine Kriechernatur gewann ihm die Gunst Friedrich Wilhelm's und er wurde General-Fiskal, zu deutsch: Ober-Spiegel. Die Berliner verachteten seinen Namen mehr als einmal. Es war damals gerade die Einführung fremden Kalkuns verboten worden. Wagner's Kreaturen schlichen sich in die Häuser und schnäffelten selbst das verborgene Stüchchen des gefährlichen Zeugens heraus. Wehe dem Unglücklichen, bei dem es sich fand. Miunter freilich fiel der ehemalige Dragoner auch herbei und mußte selber einige Tage in Arrest. Sein Amt behielt er aber trotzdem. Als sein Tod die Menschheit von seinen Bosheiten erlöste, erhielt der Geheim Rath Justiz- und Kammergerichtsrath Gerbett seinen Posten. Er übertraf noch seinen Vorgänger. Hunderte wurden von Gerbett um Vermögen und Freiheit gebracht. Schließlich erreichte auch diesen Galanten das Schicksal. Man entdeckte eine ganze Reihe von Betrugereien, die er verübt hatte, und er endete im Zuchthaus. Der Geheim Rath Justizrath Ude, welcher im folgte, zog wieder etwas anständigere Seiten auf und schränkte das Denunziantenthum soviel wie möglich ein. Ganz abzuschaffen vermochte er es nicht, da der König aus den Bestechungsgeldern eine schöne Einnahme für seine — Rekrutenkasse zog. Rette Zufände!

Der verstorbene Professor Dubois-Reymond, dessen wissenschaftliche Bedeutung wir Sozialdemokraten wohllich am wenigsten unterschätzen, wird in allerhand Anekdoten, die liberale Blätter ihren Lesern aufstischen, als eine Art Knäuel von Freimüthigkeit und Mannhaftigkeit hingestellt. Wie es in Wahrheit mit seiner Selbstständigkeit stand, lehrt die bekannte Entschuldigung wegen seines französischen Namens, die er 1870 bei seinen Hören anbrachte. Eine noch schärfer Charakteristik seines Alerpatriotismus liefert ein Fall, über den die vortreffliche Denkschrift „Nach zehn Jahren“ berichtet, die 1889 namentlich nach erfolgtem Verbot durch das Sozialistengesetz in vielen tausenden von Exemplaren durch ganz Deutschland verbreitet wurde. Es wird in dem bekannten Büchlein unter dem Kapitel „Die Universitäten und die Sozialdemokratie“ auf Seite 141 berichtet:

Genosse J. Grunzig, Sohn eines angesehenen Berliner Kaufmanns, war am 9. Februar 1880 wegen Verbreitung verbotener Zeitschriften zu dreimonatiger Gefängnißhaft verurtheilt worden. Nach Verbüßung derselben ging Grunzig, der das Gymnasium mit dem Zeugniß der Reife absolviert hatte, nach Paris, um sich dort weiter auszubilden und sich alsdann eine Existenz zu schaffen. Da ihm das letztere nicht gelang, lehrte er im Herbst 1882 nach Berlin zurück, um an der Berliner Universität „Nationalökonomie und Staatswissenschaft“ zu studiren. Hören wir ihn selbst berichten, wie seine Absicht vereitelt wurde:

„Da ich“, schreibt der nun in Amerika lebende Genosse, „ein mehrjähriges Privatleben hinter mir hatte, so bedurfte ich eines politischen Führungskurses, auf dem natürlich meine Verurtheilung auf Grund des Sozialistengesetzes vermerkt stand.“

Auf diese Verurtheilung hin wies mich die Immatrikulations-Kommission ab.

Ich wendete mich fruchtlos an alle Beschwerde-Instanzen (Rektor, Senat, Minister). Der derzeitige Rektor, Dubois-Reymond, sagte mir rund heraus: „Derartige Elemente wollen wir hier nicht.“

Ich: „Aber ein politisches Vergehen ist jedoch kein ehrenrühriges?“

Er: „Das müssen Sie uns überlassen. Wir sind autonom.“

Ich: „Das wäre doch gerade ein Grund mehr, auch autonom zu handeln?“

Er: „Wie gesagt, Herr, das müssen Sie uns überlassen.“

Aus den Zeitungen erfuhr ich, daß am selben Abend der Herr Rektor bei „Sr. Majestät zu Tafel“ befohlen war.“

Herr Dubois-Reymond, der sich auf seinen Freisinn in kirchlichen Dingen viel zu gute thut, hat sich, wie die meisten Professoren seiner Richtung, von einer politischen Intoleranz erwiesen, die der der orthodoxen Pfaffen in Nichts nachsteht. Freilich, damals schwärmte der Herr für die „Leibgarde der Hohenzollern“. Seitdem hat sich das, wie man hört, sehr gelegt, die Leibgarde hat nämlich Fleisch und Blut angenommen und ist so geworden, wie sie nothwendigerweise werden mußte.“

Von deutschen Nationalisten wird gegenwärtig in patriotischen Blättern allerhand gefaselt. Nachdem die Turn- und Schützenvereine wohlgesinnter Art so in Verruf gerathen sind, daß ernsthaftere Männer sie überhaupt nicht mehr besuchen, will man von Zeit zu Zeit, zunächst aber im Jahre 1900 entweder in Berlin oder in Leipzig ein Nationalfest abhalten, bei der nur die persönliche Thätigkeit (im Biertrinken?) entscheiden soll, „gleichgültig ob sie umhüllt ist von dem Kittel des Arbeiters oder von dem goldgestickten Frack des Würdenträgers.“

Die Propagandisten dieses verschwommenen Planes, unter denen sich auch der preussische Landtags-Abgeordnete v. Schendendorff befindet, scheinen garricht zu wissen, daß von einer „deutschen Nation“ als Volkseinheit unter der Herrschaft des Kapitalismus überhaupt keine Rede mehr sein kann. Ist es den wunderlichen Patrioten wirklich denkbar, daß ein Rühemann oder ein Hamburger Rheder, der die selbständig denkenden Arbeiter seiner eigenen „Nation“ grimmiger haßt und verfolgt als je ein bornirter Pariser Chauvinist die Deutschen gehaßt hat, sich gemeinsam mit diesen Arbeitern auf einem Feste ergötzt? Wie so manche schönen Dinge, wird man auch die „Nationalfeste“, wenn sie mehr bedeuten sollen als ein Schützen-Tamam, wohl dem vermaledeiten Zukunftsstaate überlassen müssen.

Der historische Wandkalender, der alljährlich dem „Vorwärts“ beigegeben ist, erregt, wie in früheren Jahren, so auch jetzt wieder den Zorn der Arbeiterfreunde. Zur Belustigung unserer Leser wollen wir diesmal von dem Wuthausbruch des hiesigen Bismarck-Blattes, der „Berliner Neuesten Nachrichten“, Notiz nehmen. Sie jammern: „Wie in den früheren Jahren, so hat auch diesmal das sozialdemokratische Hauptorgan einen „historischen Kalender“ beigegeben, der die in der letzten Zeit mit Sorgfalt verschleierte (?) revolutionären Tendenzen der Partei deutlicher hervorzuheben läßt. Alle blutigen Gewalththaten, denen die Hüter der öffentlichen Ordnung, die Monarchen und Träger der staatlichen Autorität zum Opfer gefallen sind, alle Aufruhrversuche und Empörungen gegen Staat und Gesellschaft, alle Ver-

*) Siehe die Note auf der vorigen Seite.

*) In einer Zuschrift der Redaktion des „Börsen-Courier“ bestritt diese die Angabe des Schwennhagen. Ein Artikel dieser Art sei im „W. B. C.“ niemals erschienen. Neb. d. „Vorwärts“.

Kraufungen ihrer Urheber werden mit peinlicher Genauigkeit dahin registriert, und selbst bis in die Geschichte des 16. Jahrhunderts ist zurückgegriffen worden, um die betreffenden Ereignisse in der erstrebten Fülle und Mannigfaltigkeit zu bieten. Jeder obfokure Agitator, der im Dienste der Partei sich bemerkbar gemacht, findet seinen Platz in diesem Pantheon der Sozialdemokratie, dagegen ist den Gedanklingen, an denen die pietätvollen Empfindungen der Nation hängen, kaum Raum gegönnt worden, wie denn überhaupt jede Notiz monarchischen Inhalts sorgfältig vermieden wurde. Um so sorgfältiger ist jeder Verbrecher registriert worden, der auf einen Fälschen einen Mordanschlag unternommen hat. Die Tage der Hinrichtung Caserio's und Hddel's, der Todesstag des Kommandanten Endes, der Kustard Masaniello's und die Köpfung von Thomas Morus, die Erschießung der Streikenden in Rubin — alles dieses ist mit raffinierter Sorgfalt verzeichnet worden, wöhlungegen man die Daten unserer Ruhmestage aus dem Jahre 1870/71 vergeblich suchen wird. — Die Arbeiterfeinde mögen schimpfen, so viel sie wollen; die Zeiten, in denen deutsche Proletarier im Schlepptau der ordnungstühenden Projektspatrioten gingen, sind, dank dem segensreichen Wirken der Sozialdemokratie, für immer vorüber.

Die unentgeltlichen Kurse in der Gefesekunde in der städtischen Fortbildungsschule Fruchtlr. 28 finden vom 6. d. M. an wieder Mittwochs abends von 7—9 Uhr statt. Es werden namentlich auch die Rechtsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter unter Hinweis auf das neue Bürgerliche Gesetzbuch sowie die Arbeiterversicherungs-Gesetze besprochen werden.

Während bisher in den Gemeindefchulen alle zwei Stunden eine Pause von 15 Minuten eingelegt war, zwischen den anderen Stunden dagegen nur eine solche von 5 Minuten lag, ist diese jetzt nach einer Verfügung der städtischen Schuldeputation auf 10 Minuten verlängert worden. Ebenso beginnt der Unterricht am Morgen erst 10 Minuten nach 8 oder 7 Uhr. Während der Pause von 15 Minuten sollen die Kinder bei günstigem Wetter auf dem Hofe umhergehen; in den zehnminütigen Pausen bleiben sie in ihren Klassenzimmern.

Als ein Uebelstand wird namentlich im Winter von manchen Arbeitern, die auf die Benutzung von Wochenfahrkarten der Stadt- und Ringbahn angewiesen sind, die Bestimmung empfunden, daß die Fahrt um 8 Uhr früh beendet sein muß. Vielfach beschwerten sich die Fahrgäste in dem Falle, daß von ihnen nach 8 Uhr eine Nachzahlung verlangt wird, beim Stationsvorsteher, doch kann dieser selbstverständlich gegen die gedruckten Bestimmungen nicht das geringste thun. Würde der preussische Staat bankrott gehen, wenn man die Gültigkeitsdauer der Arbeiterwochenkarten um eine Stunde verlängerte?

Die Lotterie-Praktiken der Berliner Gewerbe-Ausstellung werden von der „Ausstellungs-Zeitung“ wie folgt geschildert: In einem Ausstellungs-Panorama dürfte sich, wie wir erfahren, nach Lage der Dinge, der Rechenenschaftsbericht der Schlussabrechnung gestalten und zwar erscheint ein nicht geringer Theil gerade derjenigen Kompromittirten, die am wenigsten geneigt sind, ihren Garantiefonds-Verpflichtungen nachzukommen. Wir haben in unserer Nummer vom 19. v. M. schon mitgeteilt, daß uns von den verschiedensten Seiten über die Unzuverlässigkeit der Lotteriegewinne geklagt und die augenscheinliche Uebervorteilung des Publikums seitens vieler Eisenwerke dargelegt wird. Jetzt wird uns gemeldet, daß von verschiedenen Gewinnern ein strafrechtliches Vorgehen beabsichtigt wird. Wir selbst können natürlich nicht beurtheilen, ob und in wieweit das vorliegende Material zu einem strafrechtlichen Einschreiten ausreichend erscheint; aber soviel steht schon jetzt fest, daß von einzelnen sogenannten „Lotterie-Kommissaren“, die für die verschiedenen Gruppen zum Ankauf der für die Ausstellungs-Lotterie bestimmten Gegenstände gewählt waren, in der — gelinde gesagt — unverantwortlichsten Weise verfahren wurde. So wird uns zum Beispiel berichtet, daß in einer einzigen Gruppe die vier zum Ankauf gewählten Lotterie-Kommissare bei sich selbst Einkäufe im Betrage von 20 000 M. gemacht haben sollen und daß der nominelle Werth vieler dieser eingekauften Gegenstände sich sehr weit von dem faktischen entfernen soll. Es wäre im höchsten Grade wünschenswerth, daß der Vorsitzende der Lotterie-Kommission, der doch für alles, was unter seiner Kontrolle geschah, verantwortlich ist, sich bei Zeiten dazu bequeme, Aufschluß zu geben über diese Dinge.

Wegen der Unterschlagungen in der Kirchenkasse der St. Georgen-Gemeinde, über welche seit ungefähr zwei Jahren Erhebungen im Gange sind, ist, wie berichtet wird, nunmehr doch gegen die früheren Angestellten der Kirchengemeinde, den Kassierer Heinsje und den Buchhalter Latten, Anklage erhoben worden. Den eigenthümlichen Unternehmungsgeist, den die Georgenkirche auf ihren drei Begräbnisplätzen erzeigt, haben wir bereits am 8. August v. J. beleuchtet. Wir wissen nicht, ob die Unterschlagungsfälle mit diesen Dingen im Zusammenhang stehen.

Bekanntlich sollten die Banlichkeiten der Berliner Gewerbe-Ausstellung bis zum 1. Januar 1897 abgetragen sein, jedoch sind dieser Vorbericht bis jetzt nur sehr wenige nachgekommen. Der Amtsvorsteher Hoffmann hat nunmehr den sämtlichen Pächtern eine Verfügung zugestellt, in welcher sie ersucht werden, den Abriß ihrer Gebäude innerhalb drei Wochen vorzunehmen. In dessen ist das Terrain des Vergnügungsparks vom Berliner Magistrat als Kartoffelfeld verpachtet worden und die neuen Pächter haben das Terrain am gestrigen Tage in Besitz genommen. Ein Theil dieser Kartoffelfeldpächter hat nunmehr das Betreten der betreffenden Terrains zum Zwecke des Abbrisses der auf denselben stehenden Gebäude verboten. Der Jaun, welcher den Vergnügungspark umspannt, ist vom Arbeitsausschuß an einen Unternehmer verkauft worden und letzterer hat ihn bereits wieder veräußert. Seine Absicht, den Jaun abzureißen, ist jedoch durch entsprechendes Verbot des Amtsvorstehers verhindert worden, weil die Umzäunung zur Vermeidung größerer Diebstähle noch notwendig ist. Der Käufer ist infolge dessen gezwungen, sich mit dem Arbeitsausschuß zu einigen.

Notwies. Am Dienstag gegen Abend verursachten in der Linden-Gallerie drei junge Leute dadurch einen großen Aufruhr, daß sie das dort verkehrende Publikum durch gegenseitiges Stoßen unthätig belästigten und, nachdem sie von dem Portier hinausgebracht worden waren, den Ausgang nach der Straße unter den Linden verperrten und das Publikum mit ihren Messern bedrohten, bis sie durch die Polizei festgenommen wurden.

Auf infame Weise ist der 71jährige Schneider M. in der Pringensstraße 38 von dem Gärtler Fischer betrogen worden, der mit dem alten Herrn zusammen bei einer Wirthin wohnte. Der Gärtler mußte dem Schneider einen Anzug abuschwindeln, zu dessen Anfertigung dieser sich zum Theil das Geld von seiner Wirthin borgen mußte. Als der Anzug anprobiert war, ging der Gärtler auf sein Zimmer, angeblich um Geld zu holen. Ueber das Geldholen verging jedoch eine geraume Zeit. Als der Schneider und die Wirthin endlich des Wartens überdrüssig waren und das Zimmer betreten, war der Betrüger mit seinen sämtlichen Sachen ausgerückt.

Die Verhaftung des Kesselschmiedes Wilhelm Grunow, der die Ueßran des Restaurateurs und Hauseigentümers Bierig, Adolfsstraße 3, am 4. d. M. abends durch einen Messerstich schwer verletzt hat, ist gestern Vormittag erfolgt. Grunow, der der Staatsanwaltschaft beim königl. Landgericht I vorgeführt wurde, hat schon einmal an Delirium tremens gelitten; er will die That in einem durch Trunkenheit und Erregung hervorgerufenen geistesabwesenden Zustande verübt haben.

Ein Unfall ereignete sich Dienstag Abend in Kaufmann's Variété-Theater. Beim Aufspannen des Sicherheitsnetzes löste sich ein an der Gallerie angebrachtes Brett, an dem ein Haken für das Netz befestigt war, und traf den unter den Zuschauern stehenden Bahnarbeiter Otto K. am Kopfe. Er kam mit einer Quetschung davon und wurde von dem Theaterarzt verbunden.

Selbstmorde und Selbstmordversuche. Am Dienstag Nachmittags wurde im Landwehrkanal an Tiergarten-Ufer die bereits

stark verweste Leiche eines Mannes angeschwemmt und nach dem Schauhaufe gebracht. — In einem Hause am Alexander-Ufer wurde abends auf der Bodentreppe die in demselben Hause wohnende Lehrerin Luise D. erhängt vorgefunden. Unzweifelhaft liegt Selbstmord vor. — Gestern Nacht versuchte die 18jährige Viktoria Sp. in der Wohnung ihrer Dienstherrschaft in der Königgräberstraße, aufscheinend aus „Liebesgram“, sich mit Esgol zu vergiften und wurde in das Krankenhaus am Urban gebracht. — Gestern früh sprang der 25jährige Billy St., in der Absicht, sich zu ertränken, an der Herkules-Brücke in den Landwehr-Kanal, wurde jedoch von zwei Schuhmännern aus dem Wasser gezogen und nach der Wohnung seiner Braut gebracht.

Durch eine verhängnißvolle Verwechslung von Seltersflaschen ist die Restaurateurin M. (Biesenbalerstraße) dem Tode nahe gebracht worden. Frau M. hatte am Abend etwas Selters getrunken und stellte die angebrochene Flasche auf einen Schrank in ihrer Wohnung, auf welchem sich auch eine Salmiakgeist enthaltende Seltersflasche befand. Vor dem Schlafengehen wollte die Frau nochmals von dem Selters trinken, erlief jedoch die Salmiakflasche, von deren Inhalt sie, schlaftrunken, mehrere Schluck zu sich nahm. Frau M. erkrankte so schwer, daß der Magen ausgepumpt werden mußte; sie befindet sich jetzt außer Lebensgefahr.

In unserer gestrigen Notiz über den Fall Tausch wurde Herr Dr. Sandstein irrtümlich als Redaktionssekretär anstatt als Syndikus des „Lokal-Anzeigers“ bezeichnet.

Aus den Nachbarorten.

An die Frauen und Mädchen Charlottenburgs! Heute, Donnerstag, den 7. Januar, findet im Lokale Bismarckhöhe eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Liebknecht referieren wird. Wir fordern Euch der wichtigen Tagesordnung halber an, recht zahlreich zu erscheinen, da auch gleichzeitig die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson vorgenommen werden soll.

Ein erster Unfall ist dem Vorortzug zugefallen, der am Dienstag Nachmittags 1 Uhr 28 Minuten in Spandau eintraf. Der „Anz. v. d. S.“ berichtet: Die Lokomotive fuhr auf dem Vorortsbahnhof über das Ziel hinaus auf die Drehscheibe bis zum Pressbock, der umgebrochen wurde, ihre Buffer wurden verbogen und infolge des Anpralls stießen sämtliche Wagen hart aneinander, wobei die Fensterscheiben klrirten und einige zersprungen sind. Als der Zug hielt und die Passagiere ihre Plätze verließen, zeigte es sich, daß fast keiner ohne Schaden davon gekommen ist. Jeder hat entweder Kontusionen erlitten oder Schrammen davongetragen. Viele sind gegen die Wagenwände geschleubert worden; eine Anzahl ist infolge der Erschütterung innerlich verletzt; zu diesen gehört Ingenieur Böckle, der sich unterstützt von einem anderen Herrn, nur mit Mühe zur Droschke begeben konnte, um nach Hause zu fahren. Dem Maschinenführer ist das Nasenbein gebrochen. Ein Passagier fiel bei dem Wagenanprall mit dem Gesicht auf die Kräfte seines Schirms, den er vor sich in den Händen hielt, und verletzte sich ein Auge. Andere Beschädigungen der verschiedensten Art sind vorgekommen; schwerer Natur ist aber, soweit im Augenblick festgestellt werden konnte, wohl keine Verletzung. Der Materialschaden ist unbedeutend.

In unserer Notiz „Das gestörte Eisbeineffen“ in der Nr. 234 vom 6. Oktober 1896 erhalten wir unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes vom Amtsvorsteher Zimmermann in Steglitz folgende Berichtigung:

In Nr. 234 pro 1896 des „Vorwärts“ ist seitens der Redaktion ein Artikel inhaltlich dahin veröffentlicht, daß am 3. Oktober v. J. durch hiesige Gendarmen und Amtsdienner im Ziele'schen Lokale hierelbst ein Eisbeineffen polizeilich aufgelöst worden sei. Ich erkläre hiernit diese Angabe als unwahr. Am genannten Abend tagte in dem Lokale ein hiesiger unter das Vereinsgeschaffender Verein, welchem die Abhaltung der Versammlung verlag worden war, weil an derselben die Theilnahme von Frauen beabsichtigt war. Die Beamten waren von mir angewiesen, die Versammlung, falls dieselbe dennoch in dergelantem Weise stattfinden sollte, aufzulösen. Diesem Auftrage gemäß haben die Beamten an jenem Abend verfahren. Daß der vor. Verein ein Eisbeineffen hat abhalten wollen, ist von seiten des Vorstandes desselben hier nicht gemeldet gewesen und im übrigen auch dem Sinne des Wortes nach nicht abgehalten worden, vielmehr handelte es sich lediglich um eine, dem Befehl vom 11. März 1890 zuwiderlaufende Vereinsversammlung.

So weit die Berichtigung. Wie aus unserer Notiz seinerzeit hervorging, handelte es sich hierbei um ca. 50 Damen und Herren, welche im gedachten Lokale zusammengelommen waren, um sich an einem Eisbein-Essen gütlich zu thun. Aus dem Schwaun wurde indessen nichts, weil die Steglitzer Beamten in der Zusammenkunft eine Versammlung von Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes von Steglitz erblickten. Die letztere Vereinigung soll aber nach der behördlichen Ansicht ein politischer Verein sein, an dem Frauen nicht teilnehmen dürfen; auch sei die Versammlung nicht angemeldet gewesen. Aus vorliegenden Gründen löste der anwesende Gendarm die vermeintliche Versammlung auf.

Wie aus der Berichtigung hervorgeht, haben die Beamten damals im Auftrage des Herrn Amtsvorstehers gehandelt. Das ändert aber nichts an der Thatsache, daß die Möglichkeit vorlag, die Gesellschaft sei nur zu einem Abendessen zusammen gekommen. Wenn es weiter in der Berichtigung heißt, der Verein habe nicht gemeldet, daß er ein Eisbein-Essen abhalten wolle, so ist hierzu zu bemerken, daß dieses auch nicht nöthig ist, selbst dann nicht, wenn an einer geselligen Zusammenkunft Personen teilnehmen, die sammt und sonders einem ausgesprochen politischen Verein angehören, was in diesem Falle doch recht fragwürdig erscheint. Welche Auffassung der Herr Amtsvorsteher über politische Vereine hat und ob die in der Berichtigung ausgesprochene Vermuthung, es habe sich thatsächlich in diesem Falle um eine Versammlung gehandelt, zutreffend ist, entzieht sich immer noch unserer Beurtheilung; durch die Berichtigung selbst sind wir keineswegs vollkommen klar geworden.

Kunst und Wissenschaft.

In der morgen im Schiller-Theater stattfindenden ersten Aufführung von Emile Augier's Lustspiel „Der Schierling“ sind die Hauptrollen mit Fräulein Pauly und den Herren Bach, Eyden und Laurence besetzt. In Shakespeares „Die Komödie der Irrungen“ sind die Damen Pauly, Wegner, Wille und die Herren Bach, Frohde, Schmaison und Eyden beschäftigt. Kreher's Volksthuat „Der Millionenbauer“ wird heute noch einmal wiederholt.

Vorträge über moderne Kunst. Wir erhalten folgende Zuschrift: Dr. Köppen und Dr. Stoebner wollen in Berlin zum ersten Male den Versuch machen, das große Publikum in populären Vorlesungen in das Leben und die Werke unserer zeitgenössischen Künstler, wie Arnold Böcklin, Klingler, Uhde u. einzuführen. Sämtliche Vorträge werden mit Hilfe des Skoptikon's durch zahlreiche, künstlerisch ausgeführte Projektionsbilder erläutert, um so ein möglichst anschauliches Bild von dem Schaffen unserer ersten Meister und den künstlerischen Bestrebungen unserer Zeit zu geben. Die Vorlesungen finden vom 10. Januar ab jeden Sonntag um 5 Uhr nachmittags statt. Als Vortragssaal wird der Theatersaal der Alten Urania (Invalidenstraße) benutzt. Dr. Köppen wird am 10. Januar in dem ersten populären Vortrag Arnold Böcklin's Meisterwerke behandeln.

Versammlungen.

Der zweite Delegirtenrat der Schriftsteller Deutschlands wurde am 3. Januar in Offenbach eröffnet. Vertreten sind die Städte: Berlin, Leipzig, Frankfurt, Offenbach, Hamburg, Dresden, München, Magdeburg; auch die österröischen Schriftsteller waren durch den Obmann der Wiener Tariffkommission vertreten. Die Delegirten wurden durch Berkhahn-Berlin begrüßt und den Offenbacher Kollegen für den Empfang und die Vorbereitungen der Dank der Delegirten ausgesprochen. Die vorliegende Arbeit des Kongresses

wird eine reichliche sein. Der Zentralvorstand des Deutschen Buchdrucker-Verbandes hat 2000 M. zu den Kosten des Kongresses beigetragen. Zu Vorstehenden wurden Berkhahn-Berlin und Düjon-Hamburg und 5 Schriftführer, die einander ablösen, gewählt. Nachdem die Wahl einer Geschäftsordnung, und Mandats-Prüfungskommission vollzogen, wurde folgende Sympathie-Adresse an die streikenden italienischen Kollegen erlassen: Die auf dem zweiten Kongreß der Schriftsteller Deutschlands anwesenden Vertreter sprechen ihren italienischen Berufsgenossen für ihr einmütiges Eintreten zur Eringung besserer Arbeitsbedingungen ihre vollste Sympathie aus und überfenden als Zeichen der Solidarität 100 M. mit dem Wunsche auf einen baldigen Sieg. Wegen des am Abend stattfindenden Kommerzes zu Ehren der Delegirten, von den Offenbacher Schriftstellern veranstaltet, wird die erste Sitzung geschlossen.

Am Montag, den 4. Januar, wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Nach dem Bericht der Kommission, die beauftragt war, über die Arbeitszeit und die Innehaltung des Tariffs Erhebungen zu veranstalten, folgten die Situationsberichte aus den einzelnen Städten. Den Anfang machte Berlin. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die Verhältnisse im großen und ganzen als befriedigend anzusehen seien. Die Schriftstellers- Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Messinglinien-Arbeiter gehören einer Organisation an, deren rege Vereinthätigkeit dazu geführt hat, daß die verschiedenen Lohnkämpfe, die seit 1890 stattgefunden, stetig durchgeführt wurden. Die Berliner Gewerkschaften sind ausnahmslos dem Verbande der deutschen Buchdrucker an. Die Berichte aus Danzig und Hannover betreffen nur kleine Giebereien, in denen die Verhältnisse ziemlich unverändert geblieben sind. In Dresden herrscht, wie in den meisten Giebereien Deutschlands, die neunständige Arbeitszeit. Dasselbe ist in Magdeburg der Fall. In Frankfurt hat sich erst in den letzten Wochen ein Verein der Schriftsteller und Hilfsarbeiter gebildet. Der Vertreter von Hamburg ist in der günstigen Lage zu berichten, daß Hamburg wie von jeher den besten Tarif besitzt, wogegen die Leipziger Delegirten gestehen müssen, daß es großer Anstrengung bedarf, um die Leipziger Schriftsteller wieder auf die Höhe zu bringen, die sie früher einmal eingenommen haben. Der Delegirte von München stellt die Verhältnisse dort als nicht ungünstig dar, doch ist bei der kleinen Kollegenzahl das Vereinsleben nicht recht lebendig gewesen. Es soll aber jetzt von neuem in Fluß gebracht werden. In Offenbach werden die Verhältnisse von dem Delegirten als äußerst trübe geschildert. Die Arbeitszeit ist eine willkürliche und der Tarif niedriger wie in anderen Städten, so daß die Offenbacher Gewerkschaften als die gefährlichsten Konkurrenten im Gewerbe bezeichnet werden dürfen. Es folgt der Bericht von Stuttgart, wo sämtliche Kollegen im Verbandsorganisations sind, ihre regelmäßigen Versammlungen abhalten und infolge dessen mancherlei Versuche, die Tarifpositionen herabzusetzen, zurückgewiesen haben. — Zuletzt giebt der Delegirte aus Wien einen ausführlichen Bericht über die Zustände, die sich im Laufe der letzten Jahre herausgebildet. Nach den Niederlagen von 1891 haben sich die dortigen Kollegen erst nach und nach erholt und endlich im vorigen Jahre mit dem Prinzipaten einen Tarif festgelegt, der auf 4 Jahre gilt. — Damit waren die Berichte beendet und die Sitzung auf morgen vertagt.

Arbeiter-Gesellschaft. Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 Uhr: Sühne- und Waldemarstr. 17; Rede-Redung (Alle wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens, Lehre vom Aufbau eines Vortrages). Herr Heinrich Schulz. — Nordstraße, Brunnenstr. 26; Geschichte (Alle Geschichte, Urgesch. Entdeckung der Religionen, Orientalische Völker, Griechen und Römer). Herr Dr. G. Pinn.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Selbstlesestoffes schon von 9 Uhr abends an geöffnet.

Am 18. Januar wird vorläufiglich die geplante öffentliche Lesehalle, die mit Zeitungen, Zeitschriften und Büchern reich ausgestattet ist, für die allgemeine unentgeltliche Benutzung eröffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzender W. Neumann, Postenoffizier. 3. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Postenoffizier, 49, v. 3. Str.

Gund der geselligen Arbeitsvereine Berlin und Umgebung. Alle Schularten, den Bund betreffend, sind zu richten an V. Gent, 5. Treppenstr. 107/8.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 72.

Berliner Naturhistorischer V. G. Heute, abends 8 Uhr, im Saale des Vereins junger Kaufleute, Schulstr. 20; Vortrag des Herrn Dr. med. Böhm über: Entzündungskrankheiten.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin. Heute Abend 9 Uhr: General-Versammlung im Lokale von Wills, Andreastr. 26. Wichtige Statutenänderungen.

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen Berlin und Umgebung. Freitag, abends 8 Uhr: General-Versammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Verein der Kompositoren. Heute, abends 8 Uhr, bei Babel, Rosenbalerstraße 57: Generalversammlung. Die Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat abends abends statt.

Harbiers, Friseurs und Perückenmacher. Heute, abends 8 Uhr, bei Babel, Rosenbalerstraße 57: Versammlung. Kollege Starosten spricht über: Was verlangen wir von der Gelehrten.

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. Heute, abends 8 Uhr, bei Babel, Rosenbalerstraße 57: Vortrag. Gasts willkommen.

Vermishtes.

Ueber eine polizeilich unterbrochene Zirkusvorstellung meldet die „Ober-schlesische Grenzzeitung“ aus Neutchen: Am zweiten Weihnachtstierstag war der Zirkus derart stark besucht, daß viele Besucher ihren Platz in den Nothausgängen nehmen mußten. Nun ist aber sowohl das Stehen, als das Sitzen in den Nothausgängen polizeilich verboten. Aus diesem Grunde forberte der diensthabende Polizeibeamte Hanneborn die in den Nothausgängen stehenden Besucher auf, den Platz zu räumen. Als dies nichts fruchtete, ging der Beamte in die Nothausgänge, zog seine Trillerpfeife und forderte von hier aus das Publikum auf, den Platz zu räumen. Durch diese Aufforderung entstand ein großer Tumult, welcher sich noch erhöhte, als mehrere Pferde in die Manege hereinlärmten und ein Künstler dem Beamten die Reitpfeife mit der Aufforderung übergab, die Pferde doch vorzuführen. Seitens der Direktion wurden die Nothausgänge nunmehr geräumt, worauf die Vorstellung ihrer Fortsetzung nehmen konnte.

Fromme Freiheitsberaubung? Aus Preßburg wird berichtet: Die im hiesigen Internat des Rotredame-Klosters befindliche siebzehnjährige Baroness Lanniet versuchte aus dem Kloster zu entfliehen, indem sie aus einem Fenster des zweiten Stockes auf die Straße sprang. Passanten fingen das junge Mädchen auf, so daß es keinen Schaden erlitt. Die behördliche Untersuchung wurde eingeleitet.

Zu der griechischen Kathedrale in Cattaro ist ein Feuer ausgebrochen, durch welches die Kirche und die benachbarte Artillerie-Kaserne vollständig eingeeäschert wurden. Der an der Kirche verursachte Schaden wird auf 100 000 Gulden geschätzt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Ueber das Vordringen der Pest wird aus Bombay berichtet: In Karachi nimmt die Pest einen äußerst heftigen Charakter an. Die Pest in Bombay wächst. Die Röhren werden wegen mangels an Arbeit geschlossen. — Der Generalarzt Cleghorn in Kalkutta hat sich im Auftrage der indischen Regierung nach Bombay begeben, um über die Ausdehnung der Pest Bericht zu erstatten.

Wetter-Prognose für Donnerstag, 7. Januar 1897. Trocken und vorwiegend heiter, nachts etwas strenger, am Tage gelinder Frost bei ziemlich frischen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

W. J. in B. Da läßt sich nicht viel machen, ist doch thatsächlich ein bedauerlicher Irrthum begangen worden.

W. W., Cypelnerstraße. Stellen Dank für Ihre Anregung, die Sie am betreffenden Tage berührt haben werden.

H. R., 206. Verlassen Sie es mit einem Gesuche bei der Kurverwaltung, denn sie ein Bedürfnigkeitsattest und ein ärztliches Zeugnis belegen müssen.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 7. Januar.
Opernhaus. Symphonie.
Schauspielhaus. Der lange Prozess.
Deutsches. Die Wälder.
Berliner. Kaiser Heinrich.
Festung. Die goldene Gasse.
Wehen. Die wilde Jagd.
Neues. Parodie.
Reizend. Der Frauenjäger.
Unter den Linden. Der Schmetterling.
Thalia. Goldene Herzen. Hieran: Das Wetterhäuschen.
Central. Eine wilde Sache.
Schiller. Der Millionenbauer.
Stend. Schwererlöser.
Belle-Alliance. Adam und Eva.
Bolks. Robert und Bertram.
Friedrich-Wilhelms-Jubiläum. Der Reineidbauer.
Alexanderplatz. Sein Verhältnis.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.

Central-Theater.
Alle Jachobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Donnerstag, den 7. Januar 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 108. Male:
Eine wilde Sache.
Große Ausstattungsschöpfung mit Gesang und Tanz in 5 Akten von W. Mannsdorf und J. Freund.
Ruhst von J. Finkelschlofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Eine wilde Sache.
Friedrich-Wilhelms-Theater.
Donnerstag: Der Reineidbauer.
Bolschuld in 3 Akten von Ludwig Angenberger.
Freitag: Die Waise von Colwood.
Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. — Jane Eyre: Mary. Belg als Gast.
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Eine lustige Bubengeschichte in 5 tollen Streichen mit Gesang von Frey Schäfer. — Amends 8 Uhr: Der Sonnenanfang. Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Bolschuld in 4 Akten von J. Angenberger. — Amends 8 Uhr: Der Reizeidbauer. Bolschuld in 4 Akten von W. v. Moser.
Billets ohne Vorbestellungsbüchse an der Theaterkasse, außerdem in Javalidenband, Unter den Linden 24, bei Paul Rommel, Leipzigerstraße 6, und Julius Vengenfeld, Marktgrabenstr. 60.

Alexanderplatz-Theater.
Heute und die folgenden Tage:
Wittne Kollat! Sein Verhältnis.
Ständbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Karl Pohle. Anfang 8 Uhr.
Bons, auch die zu anderen Vorstellungen angegebene, behalten ihre Gültigkeit. — Sonntag, nachm. 4 Uhr, zum letzten Male: Max u. Moritz. Eine lustige Bubengeschichte in 5 tollen Streichen mit Gesang und Tanz von Frey Schäfer.
Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Millionenbauer.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Der Zehrling. Die Komödie der Irrungen.
Belle-Alliance-Theater
Vollst. Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, 10. Jan., nachm. 3 Uhr:
Zum letzten Male:
Don Carlos.
Tragödie von Friedrich Schiller.
Philipp, Wilhelm, Elisabeth:
Therese Freyburg a. Gast, Don Carlos:
Richard Jürgas; Roxana: Pola; Val. Türk. — Eintrittskarten à 60 Pf.
sind in den bekannten Vertriebsstellen zu haben. Die Billets werden verkauft.
Thalia-Theater.
(normalt Adolph Grub-Theater).
Goldene Herzen.
Schauspiel in 4 Akten von G. Karlowitz.
Hieran: Das Wetterhäuschen.
Muskal. Genrebild von Adrian Hof.
Deutsch von Hermann Firsche.
Musik von Selby.
Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.
In Vorbereitung: Fran Leutenants. Laudeville-Operette in 3 Akten von G. Serpette und B. Roger.
Ostend-Theater.
Grt. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weisk.
Täglich:
Schwererlöser. Vosse mit Gesang von Ost. Klein. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr:
Auf allgemeiner Wunsch bei ermäßigtem Preise: Der deutsche Michel.
Alcazar
Variété und Spezialitäten-Theater I. Rang.
Treddeenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstr. 42/43.
Vornehmster Familien-Kaufmann.
Kleiner-Jahresprogramm.
Real! Papa's Jahresschmerz. Real!
Vosse mit Gesang in 1 Akt.
Leonhard und Falconi. Oper- und Operetten-Darstellung ohne Konkurrenz.
Brothers Milton. Luftnummer. Votte Sieger. preisgekrönter Soutra-Mitteln.
Der unheimliche Wehling. Die berühmte Barillon.
In Vorbereitung: Der Ehrenpöfel.
Freiarten haben Gültigkeit.
Anfang: Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. R. Winkler.

Parodie-Theater
Cranienstr. 52.
Gastspiel der reisenden Schauspielergesellschaft des Direktors Joh. Lumpe aus Döbern bei Benzin in Böhmen: Die Kreuzfahrer oder Emma von Hallsstein. Großes romantisches Sittenschauspiel. Anfang Woche 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. bis 3 M. NB. Berücksichtigungswürdige: Da dieses Stück sich überall des besten Erfolgs erfreute, so glaube ich in der Wahl desselben auch hier keinen Fehler gemacht zu haben. Einem zahlreichen Besuche entgegengehend. Hochachtungsvoll Johann Lumpe, Direktor.

Volks-Theater
31 Reichenbergerstr. 31
nahe dem Kottbuser Thor.
Weihnachtsfest- Dekoration
sämtlicher Säle.
Robert und Bertram
Wolke Gesangsstücke in 4 Akten von G. Häder.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. bis 4 M.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. G. Süd.
Täglich:
Vorführung des Sensationsbildes
Endlich allein!
Auftritt der schönen Creolin
Carlotta Kara
der vorzüglichen Akrobaten
The Kellins
Robert Steidl, Mr. Ganivet
u. i. v. u. i. v.
Sassendöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben).
Direktion: Joseph Nigginger
und Leonhard Gastel.
Sein Portrait.
Schauspiel von J. Haspel.
Des Löwen Erwachen.
Operette von Brandt.
Der Lumpenball.
Bursche von R. Dann u. J. Haspel.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
Im Frühlingglanz!!
Populäre Konzerte:
Im Niederbain.
In der Rosenlaube.
Im Obgarten.
In der Soffenlaube.
Im Weinberge.
Entree frei! Entree frei!
Theater-Abtheilung:
Hauswirths Tochterlein.
Bosse.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerei.

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a.
Heute
sowie von nun an wieder jeden
Donnerstag und Sonntag:
Stettiner Sänger

(Meyel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schrader).
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
„Emma, mein Mauselchwingchen!“ Neue Burleske.
Freitag, 8. Januar:
Victoria-Brauerei.
Sonabend, 7. Januar:
Spandau. „Kotter Adler“.

Circus Buseh.
Bahnhof Börse.
Donnerstag, den 7. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Sensationeller Erfolg.
Nach Sibirien.
Besonders hervorzuheben: Die Fahrt mit der Troika einen 30 Fuß hohen Berg hinauf. Noch in seinem Circus gezeigt. Original-Idee des Dir. Busch. Außerdem 4 arab. Schimmelhengste als Schanzel Pferde, dreifach u. vorgeführt vom Dir. Busch. Kultur der Schafreiter Herren Salamonski und Frotter-Burgardt. Greatest equestrian Act of the present time, ausgeführt von M. Louise und M. Robert Cottrel. Weisheit, Delikatesse, überlegende Drahtseilkünstlerinnen. Piccolos Abenteuer, faszinierende Scene der Vierra-Truppe. Spezialitäten ersten Ranges. Borzügliche Glomms.
Morgen: Nach Sibirien.

Circus Renz
Karlsruhe.
(Jubiläum-Zeison 1896/97).
Donnerstag, den 7. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Kolossaler Erfolg.
Lustige Blätter!
Freitag, 8. Januar: Lustige Blätter.
Sonntag, den 10. Januar 1897:
2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr:
Auf vielseitiges Verlangen: Auf-
führung des großen militärischen
Ausstattungsstückes 1870/71.
Abends 7 1/2 Uhr:
Kolossaler Erfolg!
Lustige Blätter!
Bretche der Plage zur Nachmittags-
vorstellung: Paganini 3 M., Parquet-
u. Tribünen 2 M., Balkon 1 M., 50 Pf.,
II. Platz 1 M., Gallerie (Stehpl.) 50 Pf.
Kuhernum hat jeder Besucher das Recht,
auf das von ihm geliebte Bisset 1 Kind
unter 10 Jahren einzuführen. Jedes
weitere Kind zählt auf Balkon, II. und
III. Platz die Hälfte. Abends gewöhnliche
Preise.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrat und Direktor.

Feen-Palast, Burg.
Direktion Winkler & Fröbel.
Das durchweg neue
**neufomische Karnevals-
Niesen-Programm.**
Noch nie dagewesen
Sensations- 25 Nummern.
Kur noch kurze Zeit:
Die drei Wunder
Billy, Elsa u. Frieda
auf dem Doppelbrüstel.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62
Lehrer Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experimen-
ten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlüge.

**Passage-
Panopticum.**
Nur noch
kurze Zeit!
**Traum-
bilder.**
Weihnachtsfeier
in Musik u. Gesang.
Chor
Extra-Entree.

Castan's
Panopticum.
Neu! Die wunderbaren
indischen
Neu! Pygmäen.
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

Maskengarderobe
von Otto Runge,
Gr. Frankfurterstrasse 75.
empfiehlt den Vereinen seine große
Auswahl in Kostümen in jeder Preis-
klasse. Gr. Lager von Karneval-Kostümen.
Complett allen Freunden u. Bekannten
mein Weiss-, Barischbier- u.
gr. Speisegeschäft. Reich-
haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag
mit Bier 50 Pf. sowie Abends 8 à la
carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.

Deutsch. Portier
Dessert- u. Maßkräftbier 1. Rang.
Brauerei Burgboller, Potsdam,
gegr. 1736, bei J. Wittmar, Brandstrasse,
Hirsch, Böden,
Resonanz u. d. leicht
bestimm., nahrh.
fröhliche Bier. —
Nicht blühend, denn
best. Geschmack u.
Gewichtsumnah.
über 14 J. alt.
d. 50 J. alt.
erst. In Geb. 1/2
1/2 1/2 1/2 1/2
abz. weckend. bill.
klein. Versandt.
i. Berlin u. Prov.
Portierleitet
Ringler,
Berlin, Brun-
nenstrasse 152.
Nichtzählendzahl
— Qual. entzwickel.

Möbel auf Theilzahlg.
J. Kellermann.
Neue Nafobstraße Nr. 26.
Broekhaus', Meyer's
Lebten, Brehm's Thier-
leben, ganze Bibliotheken, Klavier
beleht und taucht Kuriquariat Rosen-
thalersstr. 11/12. Fernsprecher.
Künstliche Zähne.
J. Ziefens, Rosenbalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Verband deutscher Zimmerleute
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 10. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr,
in den Armuhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:
I. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1896. 2. Die bevorstehende General-
Versammlung in Halberstadt. 3. Stellungnahme und Diskussion eventueller
Anträge zu derselben.
Kameraden, erscheint vollzählig, denn die Wichtigkeit der Tagesordnung
erfordert es.
Ferner werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß am
17. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr, die Bezirksversammlung für den Westen,
Kreuzbergstr. 48 bei Gohmann, stattfindet, und am 21. Januar für den
Norden, Kolbergstr. 23. In beiden Versammlungen findet nach dem Bor-
trag gefälliges Besammensein statt. 254/6

Achtung! Charlottenburg! Achtung!
Donnerstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr,
im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:
Grosse öffentl. Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Hamburger Hafenarbeiter-Streit. Referent: Reichstags-
Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Ein jeder Arbeiter muß in dieser Versammlung erscheinen.
Der Vertrauensmann.
202/20

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonabend, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im
„Englischen Garten“, Alexanderstrasse No. 27c
(unterer Saal):
VI. Stiftungsfest,
bestehend in
Prolog, Festrede, Vokal- und Instrumental-Musik,
Deklamationen ernsten und heiteren Charakters,
TANZ.
Eintritt 25 Pf. Tanzgeld für Herren 30 Pf.
Da uns leider kein grösserer Saal zur Verfügung
stand, werden Einlaaskarten nur an Mitglieder und deren
Angehörige in den Schullokalen und in den Zahlstellen aus-
gegeben.
Der Vorstand.

Sonabend, den 9. Januar 1897
Gr. Wiener Masken-Ball
in Marten's Salon, Friedrichstrasse 236,
arrangirt vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands, Filiale Berlin II.
Die Musik wird von der fr. Vereinig. der Jüw.-Berufsmänner ausgeführt.
Anfang 8 1/2 Uhr. 12 Uhr Demasierung. 1 Uhr Kaffeepause.
Billets à 50 Pf. sind bei folgenden Komiteemitgliedern und in den mit
Blauk belegten Lokalen zu haben: R. Fröhlich (Moabit), Elemenstr. 5,
Quergeb. part. W. Böhm (Norden), Vorstr. 16, Hof 2 Tr. C. Gaste
(Norden), Kammerstr. 5 bei Volter im Laden. J. Köchel (Norden),
Friedrichsbergerstr. 9, 1 Tr. W. Donat (Süd-Osten), Uvarstr. 28, 4 Tr.
H. Torn (Westen), Kirchb. 18, Hof 10 part. E. Lambrecht (Süd-
Westen), Kreuzbergstr. 8, Hof 1 Tr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Chemigraphen.
Donnerstag, den 6. d. M., im Lokal des Herrn Jubel, Lindenstr. 106:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreichem und pünktlichem Besuch bittet
Die Verwaltung.
06/20

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.
Sonabend, den 16. Januar.
in Louis Keller's Festlokal, Koppentstraße Nr. 29:
Großer Wiener Maskenball.
Die Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins werden freundlichst
eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Um 12 Uhr: Demasierung, nach derselben große Kaffeepause.
Billets à 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern
zu haben: Klebb, Mariendorferstr. 2, Hof 4 Tr. I.; Menzel, Frankfurter
Allee 147; Schults, Schönbauer Allee 151, Quergeb. 4 Tr. r.; Kraft, Gewand-
straße 12, r. Hof 3 Tr.; Schwanz, Wriezenerstr. 24, v. 3 Tr.; Brunzel,
Hilfsstr. 61, Hof 4 Tr.; Bohrt, Schwedterstr. 22, Quergeb. 3 Tr.;
Schneider, Man-ller 31, Hof 2 Tr.; Petermann, Reinholdenbergerstr. 65,
v. 4 Tr.; außerdem bei Herrn Babelow, Langstr. 13 im Restaurant, und
Herrn Schmidt, Münchbergerstr. 28 im Restaurant.
Anfang 8 Uhr. Ende ??
Das Comité.
J. A.: August Klebb, Mariendorferstr. 2
259/7

Gr. Wiener Masken-Ball
am Sonabend, den 9. Januar,
in Keller's Festlokal, Koppentstraße 29,
arrangirt vom
Zentral-Verband deutscher Maurer
Zahlstelle Berlin I Putzer.

Die Ballmusik wird von einem Doppel-Orchester der Jüw.-Berufsmän-
ner unter persönlicher Leitung des Dirigenten Herrn G. Garimann
ausgeführt.
Um 11 1/2 Uhr: Prinz Carneval mit Gefolge.
Anfang abends 8 Uhr. Ende ???
Billets hierzu sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: Fern. Thielcke,
Hauptstr. 91 in Schöneberg; G. Urbath, Wendenstr. 17; W. Zalm-
bach, Dammstr. 24; G. Schults, Kottbuser-Allee 57; A. Kelpbinn,
Dammstr. 54; H. Vogel, Weidenweg 35; F. Brand, Vierzigerstr. 21;
G. Neumann, Brunnenwälder 118.
Maskengarderobe mit 10 pSt. Preisermäßigung bei Pantin, Oranien-
straße 178 und Kolbergstr. 91.
Freunde und Gäste herzlich willkommen. 134/8

Wein- und Cognac-Auktion.
Freitag, den 8. Januar von 10-2 Uhr sollen auf dem
Alten königl. Packhof in Berlin (Kleine Museumstrasse,
am Lustgarten), ca. 2000 Flaschen feinsten Bordeaux-, Rhein- und
Moselweine, desgl. Madeira-, Sherry- und Portweine (auch in
Fässern à 32 Liter), ca. 1000 Flaschen prima Champagner,
wobei die Marken Rosdorer, Pomery, Deuz und Geldermann, J.
Jul. Dames etc., ein grosses Lager f. Cognac, Rum und diverse
Sorten Liqueure, ca. 50 Mille gute Cigarren in beliebigen Par-
titionen laut Probe, sowie 4 Regulator-Uhren mit Schlag-
werk öffentlich meistbietend versteigert werden. Kammer,
gerichtlicher Taxator und Auct., Weissenburgerstr. 1.
Ermöglichte fröhliche Frühstücks-, Mittags- u. Abendisch:
täglich musikalische Abendunterhaltung. Franz. Billard.
„Buchdrucker-Wacht“ und „Korrespondenz“ liegen aus.
Königsbergerstrasse 154a, nahe der Brücke.
bei C. Rietschel, Weinverkauf in Gläsern und Flaschen.

Deutscher Holzarbeiterverband
(Zahlstelle Berlin).
Den Mitgliedern hiermit zur Nach-
richt, daß unser Verbandskollege
Carl Geschwind
am 4. Januar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag den 7. Januar, nachmitt. 2 1/2 Uhr,
vom Trauerhause, Reinholdenber-
gerstr. 65, und nach dem Dönhofs-
hof, Rühlstrasse, statt.
Um rege Theilnahme bittet
80/7 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Zentralverband der Maurer.
Filiale Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
am Sonntag, den 3. Januar, unser
Mitglied, der Maurer
Emil Lehmann
an der Lungenschwindsucht nach kurzem,
schwerem Ringen verstarb. Die Be-
erdigung findet heute, Donnerstag,
nachm. 4 Uhr, am dem Schöneberger
Kirchhof (Marstraße) statt.
Um rege Theilnahme ersucht
136/9 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Be-
kannnten zur Nachricht, daß der
Tod meines Vater von seinen
Leiden befreit hat. 3149b
Beerdigung Donnerstag, den
7. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr, vom
Sterbehause, Um Theilnahme
bittet
Emil Schmidt,
Treddeenerstr. Nr. 24.

Zentralfasse der Tabakarbeiter
Den Mitgliedern der Krankenkasse
hiermit zur gef. Nachricht, daß am
5. d. M., abends 8 Uhr, unser Mitglied
Adolf Mirass
nach langer Krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den
10. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Halle
des Hons-Strichhofes, Vuhau Adols-
straße (Weihenfeld) aus statt.
189/2 Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsverein
der Tabakarbeiter.
Am 5. d. M., abends 8 Uhr, ver-
starb unser langjähriger Kassier, unser
Kollege **Adolf Mirass.**
Wir verlieren in ihm einen pflicht-
treuen Beamten und biederen Kollegen.
Möge ihm die Erde leicht sein.
Der Vorstand.
Carl Butz.
189/1

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß der Tod den Vater
Franz Müncheberg
von seinen Leiden erlöst hat.
Beerdigung Freitag, nachmittags
3 Uhr vom Sterbehause, Putzstr.
48. 3155b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dankeagung.
Allen Freunden und Bekannten für
zahlreiche Theilnahme und reiche
Spenden bei der Beerdigung meines
innigstgeliebten Vaters, des Schließers
Weinhold Brömmen sagen wir hier-
durch Allen unsern besten Dank. 3155b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dankeagung.
Allen Freunden und Bekannten für
zahlreiche Theilnahme und reiche
Spenden bei der Beerdigung meines
innigstgeliebten Vaters, des Schließers
Weinhold Brömmen sagen wir hier-
durch Allen unsern besten Dank. 3155b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Herrn Theresen Wärfles, geb. Stier.

Danksagung.
Für die liebevolle Theilnahme und
für die Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Vaters und
Baters sagen allen Freunden und
Bekanntem, sowie dem Verband der
Wachbinder u. insbesondere den Ed.
Kollegen und Kolleginnen der Ed.
Jacobsohn'schen Fabrik unsern herz-
lichsten Dank. 3183b
Herrn Minna Große und Tochter.

Tabaksstengel
nimmt Rohabhandlung für 12 M.
in Zahlung bei sehr billigen Preisen.
Schönholzerstr. 7, haben links. 850/3

Für 12 Mark
Stoff zu einem Herren-
Anzug. Für 15 M. f. Kam-
mer- u. Cheviot. f. Winter-
Paletostoffe. Reste. Tuch-
Lager C. Hoher Steinweg No. 4.
Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an,
Täglich, wochentl. 1 M., wird abgeholt.
Jahreszeit, Jahreszeiten, Herdzeiten
bei Bekleidung umsonst.
Vandenbergstr. 2, Flosser-
Guckel, Nr. 12, Stralburgerstr. 71 L.
Hatten, Künze, Dofen, Regulat., Rem-
Uhren, Waage, Wodm, Granatgummi
spotts. Pfandleiche Neanderstr. 6.
Vereinszimmer
für 30 Personen zu vergeben
315-4b Langestraße 9.
Indemitteln Kindern Wastunter-
richt „Conseratorium“ Postamt Tred-
deenerstrasse.

Mühlenstraße 8,
nahe Oberbaum, sind zum 1. April
freundliche, billige Wohnungen von
2 und 1 Etage nebst Küche und Zu-
behör, z. vermieten. Der Verwalter.
Schloßstr. 1, 3 Wädden 8. Witwe
Treptow, Mariannenstr. 22, Hof 4 Tr.

Arbeitsmarkt
Bierfahrer,
Mittler, mit Kundendienst von diesem
leistungsfähiger Brauerei bei günstige-
ren Bedingungen gesucht. Offerten
an J. K. 1738 Rudolf Mosse,
Berlin SW.